Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2258**
15. Wahlperiode 12. 12. 2003

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 10. Dezember 2003 gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15. Juni 1994 zu Nummer III auf Bundestagsdrucksache 12/7890.

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002

I. Arbeitsweise, Ziele, Ressourcen

1. Arbeitsweise

Die Auswärtige Kulturpolitik (AKP)* der Bundesregierung ist langfristig angelegt. Ihre Stärke ist die globale institutionell und personell vernetzte Präsenz: Kulturabteilungen von Botschaften, Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen, Außenstellen des Deutschen Akademischen Auslandsdiensts (DAAD), entsandte Lektoren, deutsche Kulturgesellschaften und andere deutsche Kultureinrichtungen vor Ort bilden ein integriertes, alle Weltregionen abdeckendes, durch den Bund unterhaltenes Netz mit breitem kulturpolitischem Arbeitsauftrag.

Deutsche Kulturarbeit im Ausland leisten gegenwärtig unter anderem:

- 219 Botschaften, Generalkonsulate, Konsulate und Ständige Vertretungen,
- 128 Goethe-Institute (einschließlich Außenstellen),
- 117 deutsche Auslandsschulen,
- 19 DAAD-Außenstellen und Büros im Ausland,
- 463 entsandte DAAD-Lektoren,
- 152 von Deutschland staatlich geförderte Kulturgesellschaften,
- 71 entsandte Fachberater der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und des Goethe-Instituts,
- 10 deutsche geisteswissenschaftliche, historische oder andere wissenschaftliche Institute,
- 9 Abteilungen und Außenstellen des Deutschen Archäologischen Instituts.

Ihre neueste, ergebnisorientierte Aufgabenstellung hat die AKBP in der von Bundesminister Fischer am 2. Juni 2000 in Berlin vorgestellten und im Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001 angesprochenen „Konzeption 2000“ erfahren.

Mit dieser Konzeption leistet die AKBP ihren Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung. Zentrale Aufgabe der kommenden Jahre für die AKBP wird es sein, über politische und kulturelle Grenzen hinweg das globale Netzwerk der Dialogforen aufzubauen und mitzuhelfen, auf der Basis eigener Interessen Beiträge zur Lösung gemeinsamer Probleme zu finden.

Die AKBP sucht unsere Partnern von morgen. Ihre Ansprechpartner sind in erster Linie die Menschen. Den Direktkontakt zu anderen Regierungen suchen wir in der Regel dann, wenn es um die Festlegung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen unserer AKBP geht – wie zum Beispiel bei der Aushandlung und Umsetzung von Kulturabkommen und bei Statusfragen für unsere vor Ort tätigen Kulturorganisationen.

Unsere AKBP sorgt dafür, dass – jenseits des Tagesgeschäfts – der Dialog mit anderen Gesellschaften nirgendwo abreißt und dass wir auf ein weltweites Netz kompetenter Ansprechpartner und Multiplikatoren im Ausland zurückgreifen können. Diese Fähigkeit hat die AKBP in jüngster Vergangenheit z. B. im Rahmen der Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa bewiesen. In Südosteuropa stellte die Bundesregierung im Jahr 2002 Mittel in Höhe von 9,5 Mio. Euro für Projekte der AKBP bereit. Zur aktiven Unterstützung des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs wurden 2002 Mittel in Höhe von 5,1 Mio. Euro bereitgestellt. Hinzu kamen 8,8 Mio. Euro für AKBP-Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan.

Beispiel: Europäisch-Islamischer Kulturdialog

Das Auswärtige Amt hat in Zusammenarbeit mit den Mittlerorganisationen der AKBP sowie dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Jahr 2002 das nach dem 11. September aufgelegte Sonderprogramm „Europäisch-islamischer Kulturdialog“ umgesetzt. Es standen 2002 Haushaltsmittel in Höhe von 5,1 Mio. Euro zur Verfügung. Mit den Mitteln wurden die Kulturmittler binnen weniger Monate in die Lage versetzt, in der Zusammenarbeit mit Partnern in islamischen Gesellschaften neu entwickelte Dialogprojekte durchzuführen, die die regulären Programme ergänzen.

Ziel dieses Sonderprogramms ist es, durch spezifische Projekte das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamischer Welt zu verbessern und dabei auch unsere Werte einzubringen. Stipendienprogramme, Auslandsschulen, Fortbildungsmaßnahmen (z. B. für muslimische Lehrerinnen aus den Ländern der islamischen Welt), aber auch verstärkte Medienzusammenarbeit sind dabei Schwerpunkte des Sonderprogramms.

Seit Mitte 2002 sind an den Auslandsvertretungen ca. zwei Dutzend Referenten und Referentinnen eingesetzt, die sich besonders der Analyse und der Dialogförderung mit islamischen Gesellschaften widmen. Die Vertretungen haben die Möglichkeit, eigene kleinere Maßnahmen auf dem Gebiet des Islamdialogs selbständig durchzuführen. Das Auswärtige Amt versteht sich mit dem Beauftragten für den Dialog der Kulturen, dem speziell eingerichteten Arbeitsstab für den Dialog mit der islamischen Welt und diesem Netzwerk als Ideengeber und Katalysator.

Im März 2003 ging als Gemeinschaftsprojekt von Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Goethe-Institut (GI), Deutscher Welle und Bundeszentrale für politische Bildung in den Sprachen Deutsch, Englisch und Arabisch das Internetportal Qantara (www.qantara.de) ans Netz. Die Internetseite wurde eigens für den Dialog mit der islamischen Welt konzipiert; sie wird von einer kleinen Redaktionsgruppe betreut und regelmäßig aktualisiert.

Auch im Jahr 2003 hat das Auswärtige Amt dieses Dialogkonzept weiter fortgesetzt.

---

* Da in diesem Bericht auch zahlreiche Bildungsthemen angesprochen werden, wird im Folgenden synonym zum Begriff „Auswärtige Kulturpolitik (AKP)“ auch der Begriff „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)“ verwendet.

2. Ziele

AKBP hat – ohne dass mit dieser Aufzählung eine wertende Rangfolge festgelegt werden soll – die folgenden zentralen Aspekte:

- Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen;
- Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes;
- weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog;
- Förderung des Europäischen Integrationsprozesses.

Dabei steht fest, dass sich diese Ziele nicht gegenseitig ausschließen, sondern ergänzen und dass eine Maßnahme der AKBP gleichzeitig mehreren dieser Ziele dienen kann und soll: die Vergabe eines Stipendiums an einen südosteuropäischen Studenten mit Zukunftsperspektive leistet sicherlich einen Beitrag zur Stärkung des Studienstandorts Deutschland und liegt daher im unmittelbaren deutschen Interesse. Sie kann aber auch der Konfliktprävention auf dem Balkan dienen, das Deutschlandbild im Ausland positiv beeinflussen und als Beitrag zum Europäischen Integrationsprozess gesehen werden.

a. Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen

Mit unserer AKBP verfolgen wir unmittelbare Interessen Deutschlands, seiner Gesellschaft, seiner Bürger und seiner Wirtschaft. Ein Großteil der Ausgaben der AKBP-Arbeit wird unter diesem Aspekt geleistet. Ein starker „Bildungsstandort Deutschland“ liegt im Interesse eines zukunftsfähigen Deutschlands, denn er ist ein ganz wesentlicher Baustein, damit unser Land auch in Zukunft unter den Bedingungen globalisierten, verschärften Wettbewerbs ein erfolgreiches Gemeinwesen bleibt. Für die Arbeit der deutschen Auslandsschulen gilt dasselbe: dieses Angebot bieten wir einerseits denjenigen Deutschen, die sich – aus beruflichen oder anderen Gründen – ins Ausland begeben haben und wünschen, dass ihre Kinder eine Erziehung erhalten, die sprachlich wie inhaltlich auf Deutschland ausgerichtet ist. Andererseits werden Schüler, die aus anderen Kulturkreisen stammen und eine deutsche Schule besuchen, dort optimal für das Verständnis der Deutschen, ihrer Kultur und ihres Denkens und Handelns vorbereitet. Damit werden sie Ansprechpartner für die Zukunft in allen Bereichen der Zusammenarbeit. Ganz ähnlich gelagert sind die Interessen, die wir mit dem weltweiten Angebot deutscher Kulturveranstaltungen oder unseren Bemühungen um die Stärkung der Stellung der deutschen Sprache im Ausland verbinden.

Darüber hinaus hat AKBP den Auf- und Ausbau von Netzwerken zur Aufgabe, die der Stärkung deutscher Interessen auch über die Bereiche Kultur und Bildung hinaus dienen.

b. Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes

Mit Mitteln der AKBP präsentiert sich Deutschland als ein Partner, der außer der klassischen auch eine moderne Kultur besitzt, der an gleichberechtigtem Dialog und Austausch interessiert ist, der sich seiner Vergangenheit in offener Auseinandersetzung stellt und dadurch glaubhaft für die Werte steht, für die wir eintreten. Damit einher geht Sympathiewerbung für Deutschland im Sinne der Außendarstellung der „corporate identity“ eines modernen Unternehmens.

c. Weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog

Unsere AKBP hat weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog mit anderen Gesellschaften zum Ziel. Dieser Aspekt durchzieht alle Arbeitsbereiche. Und ihm kommt – gerade unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung – wachsende Bedeutung zu.

Globalisierung führt weltweit zur Schwächung der bisherigen, nationalstaatlich organisierten Strukturen von Politik und Wirtschaft. Daraus entsteht ein neues Bedürfnis nach kultureller Selbstvergewisserung – sei es über Sprache, Ethnie, religiöse Überzeugung oder kulturelles Erbe. Die Selbstvergewisserung verläuft nicht immer ohne Konflikte und kann im negativen Fall den Hang zu Fundamentalismus, Gewalt und Konfrontation mit sich führen. Diesen Tendenzen wird durch aktiven Kulturdialog entgegengewirkt. Zentrale Aufgabe der AKBP ist es daher, Menschen weltweit von Werten wie Freiheit und Toleranz zu überzeugen, sie für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Herrschaft des Rechts und nachhaltige Entwicklung zu gewinnen und die Zivilgesellschaft zu stärken.

Die direkte Werteorientierung der AKBP wird derzeit besonders deutlich im Rahmen des schon angesprochenen europäisch-islamischen Kulturdialogs sowie in ihrer Arbeit in Afghanistan. Beispielhaft zeigt unser Engagement dort, wie sehr Kulturarbeit und Präsenz entsandten deutschen Personals mit entsprechenden Qualifikationen zur inneren Stabilisierung und zum Wiederaufbau eines Staates und einer Gesellschaft beitragen und dadurch konfliktverhütend wirken kann.

Beispiel: Deutsche Kultur- und Bildungsarbeit in Afghanistan

Im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan standen der Bundesregierung 2002 8,8 Mio. Euro für den kulturellen Wiederaufbau des Landes zur Verfügung. Seit Mitte 2003 sind dort, zusätzlich zum Botschaftspersonal, elf von deutschen Kulturmittlern fest entsandte Mitarbeiter vor Ort tätig.

Der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau konzentriert sich auf Hochschulzusammenarbeit, Sekundarschulwesen, Kulturinstitute und Programmarbeit (einschließlich Sprachförderung), Medienkooperation sowie Kulturerhalt. Frauenförderung genießt bei allen Projekten Priorität.

Im Einzelnen wurden u. a. folgende Maßnahmen finanziert:

- Förderung von einer Mädchen- und einer Jungen-Schule einschließlich der Entsendung von (derzeit sechs) deutschen Lehrkräften;
- Reaktivierung von Hochschulpartnerschaften; Fortbildung von Dozenten, Vergabe von Hochschulstipendien in hoher Zahl; DAAD-Lektorat und Aufbau des Rechenzentrums an der Universität Kabul, Ausstattung von Fakultäten;

Programmarbeit durch das GI (2002 ohne eigenes Gebäude – das Gebäude des GI wurde im September 2003 eingeweiht);
– Ausstattung von Bibliotheken, die Übersetzung von deutscher Kinder- und Jugendliteratur, Spracharbeit;
– Kooperation der Deutschen Welle mit dem afghanischen Staatssender RTA (täglicher internationaler Nachrichtenblock auf Dari und Paschtu); Alphabetisierungsprogramm im Rundfunk; Journalistenfortbildung; Ausstattungshilfe im Medienbereich, Aufbau unabhängiger Medienlandschaft;
– Restaurierung des historischen Babh-e-Babur-Parks in Kabul; Aufbau einer Datenbank der afghanischen Kulturdenkmäler; Restaurierung historischer Wohngebäude.

Im Jahr 2003 werden diese Vorhaben fortgeführt. Es stehen Haushaltsmittel in Höhe von fast 10 Mio. Euro zur Verfügung.

d. Förderung des europäischen Integrationsprozesses

Ein Schwerpunkt deutscher Kulturarbeit im Ausland ist traditionell Europa. Unsere Kulturmittler werben dort für Deutschland und arbeiten an einer von Sympathie gegenüber unserem Land getragenen Haltung. Sie haben die Aufgabe, an der Veränderung einseitiger, oft noch vergangenheitsgeprägter Deutschlandbilder zu arbeiten. Dieses Ziel verfolgen wir nun verstärkt auch in den EU-Beitrittskandidatenländern.

Der AKBP kommt eine eigenständige Rolle im europäischen Integrationsprozess zu. Gerade im Vorfeld der Osterweiterung der Europäischen Union liegt eine große Herausforderung darin, den Bürgern zu helfen, eine europäische Identität zu entwickeln. Teil dieser Identität ist die kulturelle Vielfalt Europas. Und diese Vielfalt müssen wir, ergänzend zur nationalen, regionalen und kommunalen Kulturpolitik, durch die Entwicklung gemeinsamer kulturpolitischer Rahmenbedingungen stärken. Kulturelle Verschiedenheit zusammen mit gemeinsamen Wertvorstellungen ist die beste Voraussetzung für ein modernes und offenes Europa. Der Verfassungsentwurf bringt das auf den Punkt, wenn er ein „in Vielfalt geeintes Europa“ zum Ziel erklärt.

Der gemeinsame europäische Bildungsraum soll allen Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung und beim Übergang in den Beruf ermöglichen (vgl. Kapitel II.9.a.).

Untrennbar mit den Bemühungen um die europäische Integration verbunden sind die Maßnahmen der AKBP im Zusammenhang mit der deutsch-französischen Freundschaft.

Beispiel: Deutsch-französische Kultur- und Bildungsbeziehungen

Die kultur- und bildungspolitische Arbeit mit Frankreich ist nach wie vor so intensiv und eng wie mit keinem anderen Partner. Zentrale Elemente:

– Jugendaustausch mit jährlich 150 000 Teilnehmern (über 7 Millionen seit 1963);
– Städte- und Regionalpartnerschaften (2 200) sowie Schulpartnerschaften (4 300);
– Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Projekte auf allen Ebenen.

Der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags wurde nicht nur durch Festakte am 22. Januar 2003 begangen. Vielmehr wurde während des gesamten Jahres durch zusätzliche eigene und gemeinsame Kulturveranstaltungen und Projekte in besonderer Weise die deutsch-französische Freundschaft thematisiert. Besonders hervorzuheben sind folgende Aktionen:

– Deutsch-Französisches Jugendparlament 18. bis 23. Januar 2003 in Berlin;
– Erklärung des 22. Januars zum Deutsch-Französischen Tag, mit künftiger Berücksichtigung in allen Bildungseinrichtungen beider Länder;
– Gemeinsamer Projektfonds für deutsch-französische Kulturveranstaltungen in Drittstaaten (2003 über 50 Projekte in 60 Ländern);
– Förderung der Partnersprachen Deutsch und Französisch (sprachwerbende DeutschMobile und France-Mobile (siehe Kapitel II.4.); zweisprachiges Internetportal für Schüler, Eltern und Lehrer; hochrangiges Sprachenseminar in Paris; Werbekampagnen);
– Beschluss zur Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs mit gleichem Inhalt für beide Länder;
– Verfolgung mehrerer Projekte zur gemeinsamen Unterbringung von Kulturinstituten (Moskau, Ramallah, trilaterales Institut in Luxemburg).

Sorge bereitet die sinkende Zahl der Schüler, die jeweils die Partnersprache Deutsch oder Französisch erlernen. Daher muss vor allem bei der Jugend in einem zunehmend von angloamerikanischem Einfluss geprägten Umfeld das Interesse an Kultur und Sprache des Partnerlandes immer wieder geweckt und aufrechterhalten werden. Dabei steht die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Zukunft von Deutschen und Franzosen mit beruflichen Chancen in beiden Ländern im Vordergrund:

– Ausbau des Netzwerks an Partnerschulen mit bilingualem Unterricht (ca. 80 Schulen);
– Angebot des Doppelabschlusses Abi-Bac (ca. 50 Schulen);
– Angebot integrierter Studiengänge mit doppeltem Abschluss an über 100 Partnerhochschulen durch die Deutsch-Französische Hochschule;
– jährliche Studienmesse und Stellenbörse „Deutsch-Französisches Forum“;
– Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung.

Unsere AKBP bietet ferner die Chance, unsere positiven Integrationserfahrungen in Europa gegenüber Drittstaaten zu vermitteln. Die EU mit ihren erfolgreichen Institutionen eines friedlichen Interessenausgleichs zwischen Staaten, die über Jahrhunderte ihre Konflikte durch Krieg ausgetragen haben, ist weit über Europa hinaus ein attraktives Modell – gerade in ihrer Kombination von politischer und wirtschaft-

licher Einheit und Bewahrung kultureller Vielfalt. Es geht uns darum, diese Erfahrung mit Dritten zu teilen und, wo möglich, für andere Weltregionen anwendbar zu machen.

3. Ressourcen

Die Ressourcen, die der Bundesregierung für Maßnahmen der AKBP zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Seit Jahren machen diese Ausgaben etwa 0,25 % des Bundeshaushalts – mit rückläufiger Tendenz – aus. Die Sparzwänge der jüngeren Vergangenheit haben seit 1993 zu einem laufenden Rückgang der AKBP-Ausgaben geführt.

Die Kürzungen bei den Mitteln für die AKBP wurden in den vergangenen Jahren durch fortgesetzte Umstrukturierung, Rationalisierung und Optimierung in der Arbeit der Kulturmittler aufgefangen. Mit folgenden Ansätzen versuchen wir, unserer AKBP zu einer möglichst großen Durchschlagskraft zu verhelfen:
(siehe unten stehende Tabelle)

– durch bewusste, laufend überarbeitete regionale Schwerpunktsetzung;

– durch nachfrageorientierte Gestaltung deutscher Kulturarbeit im Ausland und Beteiligung der Nachfrager an der Finanzierung dort, wo sie auf kaufkräftige Interessenten stößt;

– durch systematische Einbeziehung von deutscher Wirtschaft und Gesellschaft bei der Verfolgung der AKBP über den Ansatz der „public-private-partnership“.

Daneben gehören eine laufende Überprüfung der Ziele und Maßnahmen der AKBP sowie ein den festgelegten Prioritäten entsprechender Mitteleinsatz zu den Handlungsmaximen der Bundesregierung.

Ausgaben des Bundes für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik 1993 bis 2003

Jahr	AKBP Bund gesamt	Veränderung ggü. Vorjahr	davon AKBP des AA	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil AKBP des AA am Bundeshaushalt
1993	1 185,7		638,0		*0,27 %*
1994	1 171,3	*– 1,2 %*	608,2	*– 4,7 %*	*0,25 %*
1995	1 153,1	*– 1,6 %*	599,1	*– 1,5 %*	*0,25 %*
1996	1 171,4	*+ 1,6 %*	609,2	*+ 1,7 %*	*0,26 %*
1997	1 166,5	*– 0,4 %*	607,3	*– 0,3 %*	*0,26 %*
1998	1 151,4	*– 1,3 %*	590,4	*– 2,8 %*	*0,25 %*
1999	1 147,6	*– 0,3 %*	592,3	*+ 0,3 %*	*0,24 %*
2000	1 111,1	*– 3,2 %*	564,7	*– 4,7 %*	*0,23 %*
2001	1 139,9	*+ 2,6 %*	576,0	*+ 2,0 %*	*0,24 %*
2002	1 127,6	*– 1,1 %*	566,9	*– 1,6 %*	*0,23 %*
2003	1 126,1	*– 0,1 %*	558,8	*– 1,4 %*	*0,23 %*

(Angaben in Millionen Euro)

a. Regionale Schwerpunktsetzung

Das Goethe-Institut als größter der klassischen Kulturmittler befindet sich in einem Prozess der regionalen Umorientierung. Überkommene Nachkriegsprioritäten, die dazu geführt haben, dass bis dato ein großer Anteil der Ressourcen in West- und Südeuropa investiert wird, sind überarbeitet worden. Institute in Mittel- und Osteuropa und in den islamischen Staaten werden in Zukunft verstärkt mit Programmmitteln ausgestattet. Das GI wird dazu in den kommenden Jahren den auf Mittel- und Osteuropa entfallenden Anteil seines Mitteleinsatzes (institutionell und Projektmittel) deutlich erhöhen. Im September 2003 wurde das neue GI in Kabul eröffnet. Die Eröffnung von Kulturinstituten in Laibach, Shanghai, Algier und Teheran wird vorbereitet.

Auch beim DAAD als dem zweitgrößten deutschen Kulturmittler lässt sich für die letzten Jahre eine klare regionale Akzentsetzung erkennen: Während die DAAD-Stipendienausgaben zwischen 1997 und 2002 weltweit um 35,1 % anstiegen, betrug z. B. der Anstieg für Mittel- und Osteuropa 110,6 % und für die Region Nordafrika/Nahost 71,5 % und für die Region Asien/Australien 65,2 %.

b. Verstärkte Nachfrageorientierung

Ein weiterer Ansatz, um die Reduzierung der Bundesausgaben für die AKBP aufzufangen, ist die tendenzielle Umstellung der Kulturarbeit im Ausland in Richtung auf stärkere Nachfrageorientierung. Deutschland hat ein für viele Interessenten im Ausland attraktives Kultur- und Bildungsangebot. Es geht darum, diese Attraktivität zu nutzen und Programme so zu gestalten, dass unsere ausländischen Kunden bereit sind, für das Angebot auch zu zahlen.

Dies ist in immer mehr Bereichen der Fall. Sprachkurse bietet das GI inzwischen im Regelfall kostendeckend an. Deutsche Auslandsschulen finanzieren sich, wo möglich, immer stärker über Schulgelder. Im Programmbereich bemühen sich deutsche Veranstalter im Ausland um eine Einbeziehung deutscher Auslandsunternehmen, welche deutsche Kulturereignisse vor Ort für die eigene Werbearbeit einsetzen können. Die Werbung für den Hochschulstandort Deutschland richtet sich zunehmend auch auf Zielgruppen aus, die ein so hohes Eigeninteresse an einem Studium in Deutschland haben, dass sie bereit sind, als teilweise oder vollständige Selbstzahler an deutsche Universitäten zu kommen. Durch diese Maßnahmen kann den Sparauflagen – wenn auch nur zum Teil – Rechnung getragen und können Gelder für andere Aufgaben mit höherem Multiplikatoreffekt freigesetzt werden.

Je stärker deutsche Kulturarbeit sich an der Nachfrage im Gastland orientiert, desto mehr wird sie an dessen wirtschaftlichem Wachstum partizipieren. Sie wird dadurch zukünftig in der Lage sein, trotz enger Haushaltsgrenzen in Deutschland sich vor Ort dynamisch weiterentwickeln zu können.

c. „public-private-partnership“

Das Konzept der öffentlich-privaten Zusammenarbeit („public-private-partnership“) im Sinne der AKBP umfasst eine am Gemeinwohl orientierte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Organisationen im beiderseitigen Interesse. Dabei kann es sich auf privater Seite um Unternehmen,

Einzelpersonen oder privatrechtlich organisierte Stiftungen handeln.

Ein Beispiel hierfür sind die von der Robert Bosch-Stiftung und von DaimlerChrysler geförderten DeutschMobile (vgl. Kapitel II.4.). Ein weiteres gelungenes Beispiel für die Innovationskraft und den Erfolg dieser Strategie ist ein neues Konzept deutscher Kulturzentren, das derzeit in Mittel- und Osteuropa erprobt wird. An verschiedenen Standorten sind dort Kulturzentren eingerichtet worden, bei denen im Grundsatz die Räumlichkeiten durch lokale Partner besorgt werden, das Auswärtige Amt die Programmmittel bereitstellt und die Robert Bosch-Stiftung einen Kulturmanager (in der Regel einen Hochschulabsolventen auf Stipendienbasis für drei Jahre) als deutschen Institutsleiter entsendet. Seit Beginn des Haushaltsjahrs 2003 wurden mit diesem Modell geteilter Verantwortung und Lasten deutsche Kulturzentren in Klausenburg, Temesvar und Hermannstadt bezuschusst. Vier weitere Zentren (in Czernowitz, in Breslau, das Gerhart Hauptmann-Haus in Agnetendorf (Polen) und das Thomas Mann-Haus in Nidda (Litauen)) sind in Vorbereitung. Dank des Engagements der Robert Bosch-Stiftung entstehen mit dieser innovativen Form öffentlich-privater Zusammenarbeit sehr kostengünstige, aber dennoch vollwertige Kulturinstitute.

Auch durch die Unterstützung lokal gegründeter Kulturgesellschaften wird das Element der „public-private-partnership“ in der AKBP verstärkt. 2003 wurden weltweit 152 Kulturgesellschaften aus Mitteln des Auswärtigen Amts gefördert. Dort, wo Kulturinstitute des GI geschlossen werden mussten, bilden sie zum Teil die Auffangstruktur für die Fortsetzung deutscher AKBP vor Ort. Sie haben den Vorteil, in lokalen Strukturen verankert zu sein und dadurch Zugang zu neuen Partnern und Bevölkerungsgruppen erschließen zu können.

4. Einführung neuer Steuerungsinstrumente

Die Kulturabteilung arbeitet an der schrittweisen Einführung neuer Steuerungsinstrumente, um dem Auswärtigen Amt und seinen Kulturmittlern, zuerst dem GI, einen zielgerichteten und auch flexibleren und den örtlichen Gegebenheiten besser angepassten Ressourceneinsatz zu ermöglichen. Angestrebt ist die interne Steuerung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts durch Zielvereinbarungen einschließlich Ergebnisüberprüfung. Die seit 2001 von den Auslandsvertretungen vorgelegten und regelmäßig fortzuschreibenden Länderkonzeptionen sind Teil dieses Konzepts.

Die inhaltliche Steuerung der Mittler wird ebenfalls über detaillierte, überprüfbare Zielvereinbarungen mit dem Auswärtigen Amt erfolgen, verbunden mit einer schrittweisen Einführung von Budgets. In der Folge könnte die operative Ausgestaltung der Kulturarbeit stärker als bisher den Mittlern selbst überlassen werden. Diese Mechanismen stehen vor der Erprobung.

Vor diesem Hintergrund und in Ergänzung der klassischen Steuerung über den kameralen Haushalt und das Zuwendungsrecht ist als erster Feldversuch die Budgetierung der Goethe-Institute in der Programmregion Italien für das Haushaltsjahr 2005 ins Auge gefasst. Die Voraussetzung hierzu, nämlich die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung an allen GI-Kulturinstituten in Italien, wird bereits 2004 geschaffen.

Bei einem erfolgreichen Verlauf des Pilotprojekts ist geplant, diesen Prozess der Einführung neuer Steuerungselemente später auch auf das Gesamtinstitut und die anderen Kulturmittler, die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhalten, auszuweiten.

Die neue Steuerung soll das Auswärtige Amt in die Lage versetzen, den Aufwand und Ertrag der Arbeit der Kulturmittler besser messen und beurteilen zu können. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine verbesserte, zeitnahe Erfassung und Darstellung der Kosten der AKBP, an der derzeit im Auswärtigen Amt gearbeitet wird.

Parallel dazu arbeitet eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an einer Zuwendungsdatenbank, in der alle Aufwendungen des Bundes im Bereich der AKBP erfasst würden. Dies könnte der Bundesregierung zu einer verbesserten Steuerung der AKBP-Programme insgesamt dienen. Darüber hinaus könnten Doppelförderungen leichter vermieden werden und Zuständigkeitsabgrenzungen genauer erfolgen.

II. Arbeitsbereiche der AKBP

1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch

a. Internationale Rahmenbedingungen

Die zunehmende internationale Orientierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland ist im Kontext der internationalen, insbesondere der europäischen Entwicklungen in diesem Bereich zu sehen. In diesem Zusammenhang steht der sog. Bologna-Prozess. Sein Ziel ist es, einen Europäischen Hochschulraum bis zum Jahr 2010 zu schaffen. Ausgangspunkt war die „Sorbonne-Erklärung“, in der sich die für Hochschulbildung zuständigen Minister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands am 25. Mai 1998 verpflichtet hatten, einen gemeinsamen Rahmen zur Förderung der Mobilität im Studium und zur Anerkennung der akademischen Abschlüsse im Ausland zu schaffen.

Daran anknüpfend verabschiedeten 29 europäische Bildungsminister am 19. Juni 1999 in Bologna eine Gemeinsame Erklärung zur Errichtung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. In Deutschland stehen die Ziele der Bologna-Erklärung im Einklang mit den Bestrebungen des Bundes und der Länder um eine Modernisierung des Hochschulwesens und eine Stärkung seiner internationalen Attraktivität. Der Europarat hat sich dem Bologna-Prozess als Beobachter angeschlossen, auch weltweit gewinnt er zunehmend die Aufmerksamkeit von Regierungen und Hochschulen.

Am 18./19. Mai 2001 fand in Prag die erste Bologna-Folgekonferenz statt. Am 19. September 2003 haben die Teilnehmer auf einer weiteren Folgekonferenz in Berlin den Text der Berliner Abschlusserklärung finalisiert. Darin verpflichten sich die nunmehr 40 Teilnehmerstaaten auf ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm, das es bis zur nächsten Folgekonferenz im Jahr 2005 in Norwegen umzusetzen gilt. Als Informationsplattform für den Bologna-Prozess wurde die Website www.bologna-berlin2003.de eingerichtet.

b. Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich – Hochschulmarketing

Grundvoraussetzungen für eine weitere Vertiefung und den Erfolg von internationaler Zusammenarbeit und akademischem Austausch sind die weitere Internationalisierung der deutschen Hochschulen sowie die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Am 22. Juni 2001 hat sich deshalb unter dem Dach der Bund-Länder-Kommission Bildungsplanung und Forschungsförderung die „Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland" konstituiert.

Im Jahr 2002 hat die „Konzertierte Aktion" die im Vorjahr auf drei Gebieten ergriffenen Initiativen weitergeführt: Erstens wurde die internationale Werbekampagne mit dem Slogan „Hi!Potentials!" weiter ausgebaut. Das eigens konzipierte Internetportal www.campus-germany.de verzeichnete 2002 über 11 Millionen Zugriffe. „Campus Germany" informiert über Studium, Forschung und berufliche Bildung sowie über das Leben in Deutschland. Die „Konzertierte Aktion" hat sich zweitens dazu verpflichtet, die deutschen Bildungs- und Forschungsangebote zu verbessern. Das dritte Beratungsfeld betrifft die Rahmenbedingungen für Studierende und Forscher aus dem Ausland in Deutschland. Hier geht es um Aufenthalts- und Arbeitsrechtsfragen, um bessere Betreuungsangebote, um die Bereitstellung von Wohnraum und um mehr Transparenz auf dem Arbeitsmarkt für Forschungspersonal.

Die Maßnahmen der „Konzertierten Aktion" greifen: die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland ist im Jahr 2002 um ca. 10 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, gegenüber 2000 sogar um 17,8 %. Bei der Förderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konnten Spitzenkräfte im Rahmen der bewährten Programme der AvH und des DAAD für Forschung und Lehre in Deutschland gewonnen werden.

Ein zentraler Faktor für die Attraktivität eines Studienstandorts ist gute Betreuung Studierender. Die über den DAAD den deutschen Hochschulen und Studentenwerken zur Verfügung gestellten Mittel des Auswärtigen Amtes zur fachlichen und sozialen Betreuung ausländischer Studierender wurden deshalb verdreifacht.

Im Rahmen der „Zukunftsinitiative Hochschule" können deutsche Hochschulen weltweit Studienangebote im Ausland entwickeln. Damit werben sie zugleich für die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft. Hochschulen anderer Länder sind mit solchen „off shore"-Gründungen bereits auf dem internationalen Markt vertreten. Das BMBF-DAAD-Programm „Export deutscher Studiengänge" stellt für die Jahre 2001 bis 2003 rund 10 Mio. Euro als Starthilfe für die Einrichtung deutscher Studienangebote im Ausland zur Verfügung. Es wird erwartet, dass diese Studienangebote – in der Regel in Kooperation mit einem Partner im Ausland – zu einer stetigen Einrichtung im Ausland entwickelt werden und sich finanziell mittelfristig selbst tragen. Ein Beispiel für den Erfolg des Konzepts ist die Anfang Oktober 2003 eröffnete German University in Kairo, die zwar aus dem Exportprogramm gefördert, aber substanziell durch ägyptisches Kapital finanziert wird.

Beispiel: Deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich

Herausragendes Beispiel erfolgreicher internationaler Kooperation ist die deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich, die auch die Wirtschaft beider Länder einbezieht. Hierzu zählt die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Verwaltungssitz in Saarbrücken. Sie ist eine zwischenstaatliche Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des deutsch-französischen Regierungsabkommens vom 19. September 1997. Die Realisierung der DFH ist ein wichtiger Meilenstein für die kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich: die DFH deckt erstmals das gesamte Spektrum der Hochschulaktivitäten ab und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs beider Länder mit ihren integrierten Studiengängen ein differenziertes deutsch-französisches Programmangebot in Lehre und Forschung mit deutlich verbesserter Kompatibilität der Abschlüsse.

Das Deutsch-Französische Forum, auf dem deutsch-französischen Gipfel in Weimar 1997 beschlossen, ist eine regelmäßig veranstaltete Messe, auf der sich Unternehmen und Hochschulabsolventen sowie Hochschulen und Abiturienten beider Länder treffen. Als Mischform aus Hochschulmesse und Stellenbörse soll das Forum zum einen Studierenden aus deutsch-französischen Studiengängen den Einstieg ins Erwerbsleben erleichtern, zum anderen für integrierte deutsch-französische Studiengänge bei Abiturienten werben. Unternehmen und Institutionen bietet das Forum eine Plattform zur Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs. Es übermittelt zugleich die Botschaft, dass die Kenntnis der Partnersprachen Deutsch und Französisch eine entscheidende Zusatzqualifikation auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

Nach Metz (1999), Saarbrücken (2000) und Straßburg (2001) fand das Deutsch-Französische Forum zum 4. Mal am 25. und 26. Oktober 2002 in Mainz statt. Mit zwischen 7 000 und 8 000 Besuchern, 56 Unternehmen, 90 Hochschulen und 20 Mittlerorganisationen konnte eine Rekordbeteiligung registriert werden. Gemäß einem Beschluss des Hochschulrats der Deutsch-Französischen Hochschule vom 11. September 2002 wird das Forum künftig dauerhaft in Straßburg stattfinden.

c. Internationale Zusammenarbeit durch akademischen Personenaustausch (Stipendien)

Ein Schwerpunkt der AKBP im Bereich Wissenschaft und Hochschulen neben der Hochschulkooperation sind Stipendienprogramme, die für Studierende, Graduierte, Wissenschaftler und Dozenten vor allem vom DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung betreut werden. Die große Resonanz auf die im Rahmen der Zukunftsinitiative Hochschule ausgeschriebenen Preise zur Förderung von Wissenschaftlern aus dem Ausland hat gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein attraktiver Hochschul- und Forschungsstandort ist.

Dabei gilt es einerseits, im weltweiten Wettbewerb die besten Wissenschaftler für eine Forschungstätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Andererseits wird mit diesen

Programmen ein Beitrag zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partnerländer und damit zu ihrer Stabilität geleistet.

Möglichst alle Weltregionen werden in die Zusammenarbeit einbezogen. Internationaler Austausch darf nicht zu Lasten einiger Länder gehen. Das gilt u. a. in unserem Verhältnis etwa zu Osteuropa oder Entwicklungsländern. 2002 wurde die Initiative „Go East“ gestartet, die mehr Gleichgewicht in den Austausch zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten bringen soll. Die große Nachfrage nach Stipendien und Förderung von Studierenden aus dem Ausland übertraf das Angebot bei weitem, während das Interesse deutscher Studierender insbesonders an Studienprogrammen in Osteuropa weiter gefördert werden sollte.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft pflegt neben ihren breit gefächerten Aufgaben auch die Verbindungen zur Wissenschaft im Ausland. Sie bietet z. B. die Möglichkeit, europäische Graduiertenkollegs einzurichten, in deren Rahmen Hochschullehrergruppen einer deutschen Universität gemeinsam mit Kollegen anderer Hochschulen innerhalb Europas eine thematische Kooperation eingehen können.

d. Internationalisierung von Studiengängen

Um die Schaffung innovativer internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen anzuregen und zu beschleunigen, hat die Bundesregierung das Demonstrationsprogramm „International ausgerichtete Studiengänge“ initiiert, das sich unmittelbar an die Hochschulen wendet. Die aus Mitteln des Programms zu fördernden Studiengänge wurden in bundesweitem Wettbewerb ausgewählt. Es sind Bachelor- und Masterstudiengänge v. a. in wirtschafts-, natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie kultur- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen. Die Studiengänge werden zumindest in den ersten Semestern in englischer Sprache angeboten. Für diese Studiengänge konnten die Hochschulen in den meisten Fällen je zur Hälfte in- und ausländische Studierende gewinnen.

Das Demonstrationsprogramm, das vom DAAD und der HRK umgesetzt wird, ist bis zum Jahre 2006 ausgelegt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dafür insgesamt rund 41 Mio. Euro bereit. Damit wird die Einrichtung von insgesamt 62 neuen internationalen Studiengängen (22 an Fachhochschulen, 42 an Universitäten, davon 2 Kooperationen) gefördert. Für die einzelnen Studiengänge stehen Fördermittel von jeweils bis zu 510 000 Euro zur Verfügung.

Die Demonstrationsprojekte haben große Resonanz gefunden und die Schaffung neuer internationaler Studiengänge an Hochschulen in Deutschland in Schwung gebracht. Nach Angaben der HRK gibt es an deutschen Hochschulen derzeit bereits 756 Bachelor- und 798 Masterstudiengänge, Tendenz steigend.

e. Kooperationsprogramme mit entwicklungspolitischer Ausrichtung

Zur Lösung der Entwicklungsprobleme in Kooperationsländern werden akademische Führungskräfte vor Ort benötigt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) fördert im Rahmen der Wissenschafts- und Hochschulkooperation die Qualifizierung akademischer Fach- und Führungskräfte in entwicklungsrelevanten Sektoren und die Anbindung der Kooperationsländer an globale Wissensnetze. Für Programme des DAAD, der AvH und der DFG wurden 2002 insgesamt rund 22,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit förderte das BMZ im Jahre 2002 Hochschulbildung mit 5,43 Mio. Euro.

Über den DAAD wird z. B. das Sur Place/Drittlandstipendienprogramm gefördert, das vorwiegend der Aus- und Fortbildung des Hochschullehrernachwuchses an ausgewählten Hochschulen in Heimat- oder Drittländern der Region dient (2002: rund 4,5 Mio. Euro). An deutschen Hochschulen wurden entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge eingerichtet (2002: rund 7,1 Mio. Euro). Seit 1997 werden über den DAAD Partnerschaften deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Entwicklungsländern gefördert (2002: rund 1,0 Mio. Euro). Mit der AvH werden Forschungsstipendienprogramme durchgeführt, wie z. B. das Georg Forster-Forschungsstipendienprogramm, das hoch qualifizierte Wissenschaftler aus Entwicklungsländern bei der Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben in Deutschland, die sich mit entwicklungsrelevanten Themen befassen, unterstützt (2002: rund 2,2 Mio. Euro). Über die DFG werden Forschungskooperationen zwischen deutschen Forschungseinrichtungen und entsprechenden Einrichtungen in Entwicklungsländern gefördert (2002: rund 0,6 Mio. Euro).

Zur Intensivierung der Kontakte mit den ehemaligen Stipendiaten wird über den DAAD das Programm für die Nachbetreuung der Ehemaligen (Alumni) gefördert. Mit der „Alumni-Datenbank Entwicklungsländer“ soll die Möglichkeit geschaffen werden, diese verstärkt als Ansprechpartner für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen der deutschen Exportwirtschaft zu gewinnen (2002: 1,26 Mio. Euro).

Zur Einbeziehung der bisher noch nicht optimal erreichten Absolventengruppe (ost-)deutscher Hochschulen aus den Partnerländern der DDR hat der DAAD im Jahr 2002 an sechs Hochschulen Sommerschulen in Deutschland mit insgesamt 326 000 Euro gefördert.

Im Rahmen der Nachbetreuungsmaßnahmen unterstützen DAAD und AvH ihre ehemaligen Stipendiaten nach Rückkehr in ihr Heimat- oder Umzug in ein Drittland mit Fachliteratur und Gerätespenden und unterstützen so langfristige Bindungen an Deutschland.

Das BMZ-Programm „Länderbezogene Stipendien für Nachwuchswissenschaftler aus fortgeschrittenen Entwicklungsländern“ richtet sich an junge Ingenieure aus Lateinamerika und Asien. Dabei stellen ausländische Förderorganisationen oder die beteiligten Hochschulen Stipendien für bis zu 13-monatige Studienaufenthalte in Deutschland bereit (2002 insgesamt fast 500 Aufenthalte). Der DAAD übernimmt in der Regel die Kosten für Sprachkurse und Betreuung.

Nach dem 11. September 2001 wurden insgesamt 56 Maßnahmen zur Förderung des Dialogs mit der islamischen Kultur über die Hochschulen unterstützt (mit ca. 1,7 Mio. Euro).

Bei den im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Programmen im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulkooperation wird der personelle und infrastrukturelle Auf- und Ausbau wissenschaftlichen Potenzials in Hochschulen und Forschungszentren in den Kooperationsländern selbst unterstützt. Zunehmend wird dabei auch auf den Aufbau von Kooperationsnetzwerken zwischen den beteiligten Entwicklungsländern und Maßnahmen der Qualitätssicherung in Lehre und Forschung vor Ort geachtet.

2. Auslandsschulwesen

Das Auslandsschulwesen ist ein zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die Deutschen Auslandschulen sind Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Durch sie entstehen Netzwerke, auf die sich Politik, Exportwirtschaft und Kultur stützen können. Zugleich stärken sie den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland.

Um dieses Potenzial besser auszuschöpfen, bieten das Auswärtige Amt und der DAAD den leistungsstärksten ausländischen Absolventen dieser Schulen seit 2001 jährlich bis zu 60 Vollstipendien für ein Hochschulstudium in Deutschland an. Erste Erfahrungen zeigen, dass diese Studierenden zu den Besten ihrer Jahrgänge zählen.

Private Trägervereine führen die Schulen eigenverantwortlich. Durch Schulgelder und Spenden erbringen sie erhebliche Eigenleistungen. Über den Schul- (2002: 174,8 Mio. Euro) und anteilig über den Baufonds (2002: 14,3 Mio. Euro) werden 117 Auslandsschulen (davon 48 Begegnungsschulen, 44 deutschsprachige Schulen und 25 landessprachige Schulen mit verstärktem Deutschunterricht) mit 70 000 Schülern (davon 53 000 nichtdeutscher Nationalität) ergänzend unterstützt. Über Lehrerentsendeprogramme, vornehmlich in MOE/GUS, werden weitere 180 000 Schüler an 370 Schulen im ausländischen Bildungswesen erreicht, weltweit somit 250 000 Schüler. Über Sondermittel hat sich das Auslandsschulwesen 2002 erfolgreich am Bildungsbereich der Sonderprogramme Stabilitätspakt Südosteuropa (1,1 Mio. Euro), Afghanistan (Wiederaufbau der Amani-Oberrealschule und des Durani-Mädchengymnasiums, 6,1 Mio. Euro) und Dialog mit dem Islam (450 000 Euro) beteiligt.

Das deutsche Auslandsschulwesen in Zahlen

- 117 deutsche Auslandsschulen erreichen rund 70 000 Schüler, davon 53 000 nichtdeutscher Nationalität;
- Lehrerentsendeprogramme erreichen vornehmlich in MOE/GUS rund 180 000 Schüler an 370 Schulen;
- Rund 1 900 deutsche Lehrer sind im Ausland tätig;
- Die Schulen finanzieren sich zu einem erheblichen Anteil durch Schulgelder und Spenden;
- 2002 förderte das Auswärtige Amt die Auslandsschulen mit 189,1 Mio. Euro.

An den Auslandsschulen waren 2002 rund 1 300 Lehrkräfte tätig. Weitere 190 Lehrkräfte arbeiteten an zwölf Europäischen Schulen in EU-Mitgliedstaaten, 420 (davon 180 Landesprogrammlehrkräfte) im Rahmen des Lehrerentsendeprogramms MOE/GUS. Insgesamt sind rund 1 900 aus Mitteln der AKBP finanzierte deutsche Pädagogen im Ausland tätig.

Von der Haushaltskonsolidierung blieben die Auslandsschulen nicht ausgenommen: 1999 bis 2002 sank der Mittelansatz des Schulfonds von 194,1 auf 174,8 Mio. Euro (2001: 177,8 Mio. Euro). Dank breiter Unterstützung des Bundestags wuchs der Schulfonds 2003 wieder um 5,145 Mio. Euro auf rund 180 Mio. Euro an.

Die Förderung jeder Schule wurde den Kürzungsbeschlüssen flexibel angepasst. Schließungen haben die Träger vermieden; sie sind auch nicht geplant; interne Umstrukturierungen und verstärktes Setzen auf Eigenbeiträge der Schülereltern wahren Qualität und Substanz des Unterrichts. Insbesondere kleinere Schulen haben aber die Einspargrenze erreicht. Über gekürzte und nachfragebezogene Auslandszulagen und pauschalierte Nebenleistungen haben die Lehrkräfte ihren Beitrag zu den Einsparungen geleistet. Über den Baufonds wurden 2002 notwendige Baumaßnahmen (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten u. a. in Athen, Budapest, Peking, Prag, Sao Paulo und Europäische Schule Frankfurt/Main) unterstützt.

Unter anderem wurden 2002 folgende Einzelmaßnahmen betrieben, damit die Schulen innovativ und wettbewerbsfähig bleiben und eine zukunftssichere Ausbildung anbieten:

- Einführung internationaler Abschlüsse (Internationales Baccalaureat) an 13 Schulen ab Schuljahr 2003 bzw. 2003/04;
- Ausweitung des Sprachdiploms der KMK (2002: rund 14 000 Diplome, 2001 rd. 13 000);
- Übergang zur Reifeprüfung nach 12 anstelle von 13 Schuljahren in vielen Schulen (ggf. in Verbindung mit einheimischen Abschlüssen). Rund 1 900 Schüler erwerben jährlich das Zeugnis der Hochschulreife;
- Ausbau von Eurocampus-Schulen (Kooperation von Auslandsschulen europäischer Träger in Drittländern: z. B. Dt.-franz. Eurocampus Manila, dt.-brit.-franz. Campus in Taipei);
- Vertiefung der von gemeinsamen Interessen bestimmten Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft: Auslandsschulen sind für die Entsendung von Familien durch die Unternehmen entscheidend. Angebot und Nachfrage im Auslandsschulwesen sind flexibel auf Schwerpunktverschiebungen nicht zuletzt der Wirtschaft abgestimmt, die weiter auf ein umfassendes Schulnetz zählen kann.

Das Auslandsschulwesen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Koordinierendes Gremium ist der „Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland“ (BLASchA). An Auslandsschulen vermittelte Lehrkräfte kommen überwiegend aus dem innerdeutschen Landesschuldienst. Die Abschlüsse deutscher Auslandsschulen sind den im Inland abgelegten Abschlüssen gleichgestellt. Bund und Länder sind sich einig, dass Auslandsschulen und Lehrervermittlung Investitionen sind, die mit hoher Wertsteigerung nach Deutschland zurückfließen.

Administrativ und konzeptionell unterstützt wird das Auswärtige Amt vom Bundesverwaltungsamt/Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das die Schulen pädagogisch, personell und finanziell betreut.

Austauschaktivitäten im Schulbereich initiieren und fördern internationale Kontakte von Schülern, Lehrern, Fremdsprachenassistenten und Schulen. Verantwortlich für die Durchführung ist der Pädagogische Austauschdienst (PAD) der KMK, der Mittel vom Auswärtigen Amt, den Ländern und der EU erhält.

Im Rahmen von Schulpartnerschaften u. a. mit den USA, Israel und den palästinensischen Gebieten sowie den MOE/GUS-Staaten hat das Auswärtige Amt 2002 über 18 000 deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler gefördert. Das 2000 eingerichtete „Johannes-Rau-Stipendium“, ein Sonderprogramm für Schüler aus Israel, wurde 2002 fortgesetzt. Außerdem waren das Internationale Preisträgerprogramm, das Sonderprogramm Studienstandort Deutschland, das Fremdsprachenassistentenprogramm und das Sonderprogramm „Wir lernen uns kennen“ im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs bedeutende Foren der Begegnung.

Weitere Programme sind das Lehreraustauschprogramm, das Weiterbildungsprogramm für Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen, Hospitationen und Fortbildungskurse für deutsche und ausländische Lehrer (2002 rund 1 030 Teilnehmende).

Darüber hinaus ist der PAD seit 1995 im Auftrag der Länder als Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm der EU im Schulbereich mit der Umsetzung der EU-Programme COMENIUS und LINGUA (schulbezogene Maßnahmen) beauftragt (vgl. Kapitel II.9.a.).

3. Berufliche Bildung und Weiterbildung

Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik kann heute nicht mehr ohne die Einbeziehung europäischer und internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Dabei kommt der grenzübergreifenden Kooperation in der Europäischen Union besondere Bedeutung zu (siehe Kapitel II.9.a.). Aber auch über die EU hinaus hat sich in den letzten Jahren die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung intensiviert. In vielen Teilen der Welt ist ein wachsendes Interesse an einer Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich feststellbar.

Im Auftrag der Bundesregierung bietet InWEnt gGmbH („Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH“, hervorgegangen aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung) eine Vielzahl von Aus- und Weiterbildungsprogrammen an, die zum Erwerb von fachlichen Zusatzqualifikationen und Fremdsprachenkenntnissen einladen und zu Mobilität und Verständigung in Europa beitragen. Knapp 10 000 junge Deutsche sammeln auf diese Weise jährlich Lern- und Arbeitserfahrungen im europäischen Ausland.

Auf einer gemeinsam von Deutschland und den Niederlanden durchgeführten Konferenz zur Steigerung der Mobilität in der Berufsbildung im Juni 2002 wurden Projekte z. B. zur Entwicklung eines European Credit Transfer System in der Berufsbildung (Vergleichbarkeit von Studienleistungen, einheitliche Bewertung) sowie zur Qualitätssteigerung der Mobilitätsmaßnahmen initiiert. Darüber hinaus wurde eine enge Kooperation zwischen den beteiligten Ländern – neben den Initiatoren Dänemark, Österreich, Belgien – verabredet.

Über Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland berät seit 1987 die im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eingerichtete Informations- und Beratungsstelle zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland (IBS) bei der InWent gGmbH. Im Jahr 2002 wurden rund 40 000 Anfragen verzeichnet.

Die Stärkung des deutschen Weiterbildungsstandorts im internationalen Wettbewerb ist Bestandteil des Konzepts der Konzertierten Aktion Internationales Marketing. Zunehmend drängen dabei gerade auch im zukunftsträchtigen Bereich des E-Learning ausländische Anbieter nach Deutschland, während sich deutsche Weiterbildungsträger bislang nicht in demselben Maße im Ausland positionieren.

Die Arbeitsstelle iMOVE (International Marketing of Vocational Education) für das internationale Marketing in der beruflichen Bildung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zum 15. November 2001 beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichtet. Sie ist Teil der „Konzertierten Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“.

Im Rahmen des BMBF-finanzierten Projektes „Weiterbildung worldwide“, einer Gemeinschaftsinitiative (von BMBF, BDA und den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) in Nürnberg) zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der beruflichen Weiterbildung „made in Germany“ fanden im Jahr 2002 mehrere Tagungen und Workshops statt.

Im November 2002 startete iMOVE eine Seminarreihe zur Fortbildung deutscher Weiterbildungsanbieter zu zentralen Aspekten der Internationalisierung. Hintergrund dieser Seminare ist die Tatsache, dass unter den deutschen Anbietern ein erhebliches Informationsdefizit z. B. bezüglich zukunftsträchtiger Märkte, entsprechender Internationalisierungsstrategien, Marketinginstrumente, Kooperations- oder Finanzierungsmodelle besteht.

Um den deutschen Weiterbildungsanbietern, insbesondere denen, die noch am Anfang ihrer internationalen Aktivitäten stehen, einen ersten Überblick über potenziell interessante Zielmärkte zu vermitteln, wurden Marktanalysen in insgesamt 16 Ländern erstellt.

Mit einer ersten Aktion des Auslandsmarketings beteiligte sich iMOVE im Mai 2002 am World Education Market (WEM) in Lissabon. Im November 2002 beteiligte sich iMOVE wiederum zusammen mit dem DAAD im Rahmen der Dachkampagne der Konzentrierten Aktion auf dem German Technology Symposium (GTS) in Bangkok.

4. Deutsche Sprache

Die Deutschförderung im Ausland ist eine Kernaufgabe der AKBP. Neben den explizit für diesen Zweck bestimmten Projektmitteln dienen u. a. auch die Lehrerentsendeprogramme, die Entsendung der Fachberater und der derzeit 463 DAAD-Lektoren diesem Ziel.

Das Interesse an der deutschen Sprache hat sich im Ausland in den letzten Jahren weltweit leicht positiv entwickelt. Die größte Zahl von Deutschlernenden ist weiterhin in den Staaten der GUS, insbesondere Russland, und in Mittel- und Osteuropa zu finden. Im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 1995 zeigt sich eine positive Tendenz u. a. in einigen EU-Staaten (z. B. Italien und Finnland), in Polen und Tschechien, aber auch in Südamerika und Afrika. Dem steht ein abnehmendes Interesse am Deutschunterricht in Frankreich und in den USA gegenüber.

Zentrales Ziel der Spracharbeit in Europa, die insbesondere über das GI betrieben wird, ist die Stärkung von Deutsch im Rahmen von Mehrsprachigkeitskonzepten. Vorrangig ist das Ziel der Verankerung von Deutsch als zweiter Fremdsprache. Schwerpunkte der Arbeit sind insbesondere der MOE-Raum und Frankreich.

Die Verbesserung der Deutsch- bzw. der Französischkenntnisse ist als wichtiges Ziel in der Gemeinsamen Erklärung von Deutschland und Frankreich zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags genannt. Wir unternehmen daher in Frankreich besondere Anstrengungen, den Negativtrend der vergangenen Jahre beim Deutschunterricht umzukehren. Große Hoffnungen setzen wir dabei in kreative und innovative Projekte, z. B. in eine Werbekampagne zugunsten der deutschen Sprache und eines zeitgemäßen Deutschlandbildes in Frankreich.

Beispiel Frankreich: Der Einsatz der DeutschMobile

Besonders erfolgreich ist das seit Anfang 2001 durch Sponsoren geförderte Projekt der in Frankreich sprachwerbenden DeutschMobile. Sechs von der Robert Bosch-Stiftung finanzierte Lektoren besuchen mit eigens ausgerüsteten, von DaimlerChrysler zur Verfügung gestellten Mercedes-Kleinbussen französische Schulen, um gezielt für das Erlernen der deutschen Sprache zu werben. Sie bieten Schülern, Lehrern und Eltern Informationen zum Erlernen der deutschen Sprache mit einem abwechslungsreichen Angebot an Büchern, CDs, Filmen, Broschüren, Spielen und Wettbewerben. Das hat zum ersten Mal zu einer messbaren lokalen Trendwende geführt, da die Zahl der Einschreibungen für den Deutschunterricht an den besuchten Schulen um zwischen 25 % und 70 % zugenommen hat. Diese Aktion wird fortgesetzt und ausgeweitet, seit dem deutsch-französischen Gipfel in Schwerin am 30. Juli 2002 auch in Deutschland durch den Einsatz von entsprechenden für die französische Sprache werbenden FranceMobilen.

Das Auswärtige Amt fördert im Rahmen eines Sonderprogramms in den USA und Kanada Projekte, die für die deutsche Sprache werben oder den schulischen Deutschunterricht unterstützen. Amerikanische Sozialkundelehrer erhalten im Rahmen des im April 2002 von der Deutschen Bank, vom Auswärtigen Amt, vom Bundespresseamt und vom GI gegründeten „Transatlantic-Outreach-Program (TOP)“ Gelegenheit, sich über das moderne Deutschland zu informieren und während einer Deutschlandreise eigene Eindrücke zu sammeln.

Die GI-Sprachkurse im Ausland erreichten 2002 insgesamt fast 148 000 Personen. Die wirtschaftliche Lage vieler Sprachkursbetriebe hat sich in den letzten beiden Jahren verbessert. Der Zuschussbedarf konnte gesenkt werden. An vielen Standorten rückt das Ziel der vollen Kostendeckung in greifbare Nähe.

Ein großer Teil der vom Bundesministerium des Innern für die Förderung der deutschen Minderheiten in der Russischen Föderation und Kasachstan eingesetzten Mittel wurde für die Sprachförderung verwendet.

Fehlende Deutschkenntnisse hindern Interessenten daran, ein Studium in Deutschland ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Die Möglichkeiten, im Ausland Deutsch zu lernen, können daher die Zahl ausländischer Studienbewerber steigern helfen. Darüber hinaus ist es wichtig, eine einheitliche Deutschprüfung anzubieten, die im Ausland abgelegt werden kann und bei deren Bestehen die sprachlichen Bedingungen für eine Zulassung an einer deutschen Hochschule erfüllt sind. Mit dem TestDaF (Deutsch als Fremdsprache) steht eine solche Prüfung zur Verfügung. An den drei Prüfungsterminen 2002 nahmen rund 3 200 Kandidaten teil. Damit wurde das anvisierte Ziel von 3 000 Teilnehmern übertroffen. Inzwischen sind in über 72 Ländern annähernd 290 Testzentren lizenziert.

Die Mehrsprachigkeit in den europäischen Institutionen sicherzustellen ist ein Ziel der Bundesregierung. Sie verfolgt dieses Ziel gemeinsam mit Frankreich. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der Status der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen zumindest gehalten wird. Um die Zahl der deutschsprechende Mitarbeiter in europäischen Institutionen auszuweiten, hat das GI im Jahr 2002 u. a. fünf Deutschkurse für EU-Bedienstete sowie für Beamte aus EU-Beitrittsländern in Deutschland angeboten. Diese Sprachkurse erfreuen sich großer Nachfrage. Die Zahl der Kurse ist für 2003 auf sechs erhöht worden.

5. Musik, Theater, Tanz, Bildende Kunst

Programme in den Bereichen Musik, Theater, Tanz und Bildende Kunst bleiben eine wichtige Dimension der Auswärtigen Kulturpolitik.

Projektbeispiel: Junge deutsche Philharmonie auf der koreanischen Halbinsel

Die Junge Deutsche Philharmonie reiste im April 2002, unterstützt mit Mitteln des Auswärtigen Amtes, nach Süd- wie auch nach Nordkorea. Höhepunkt war ein Auftritt beim 20. Frühlingsfestival in Pjöngjang.

Nach überproportionalen Kürzungen von 2000 auf 2002 um über 15 % standen hierfür im Auswärtigen Amt 2002 noch 12,7 Mio. Euro zur Verfügung. Davon wurden rund 10 Mio. Euro den Kulturmittlerorganisationen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung in Abstimmung mit dem AA überlassen, davon dem GI und der Internationalen Verbindungsstelle beim Deutschen Musikrat 7 Mio. Euro (für Musik, Theater und Tanz) und dem ifa 3 Mio. Euro (für Ausstellungen und Künstleraustausch).

Die verbleibende noch vom AA unmittelbar betriebene Förderung zielt insbesondere darauf, wichtige Maßnahmen zu realisieren, die von den Mittlern nicht in Ihre Programme aufgenommen werden können. Hierbei legt das Auswärtige

Amt neben der künstlerischen Qualität besonderen Wert auf konkrete Nachfrage, Relevanz für das Zielland und bilaterale Beziehungen sowie partnerschaftliche Kooperation mit Institutionen und Persönlichkeiten im Gastland.

Projektbeispiel: Ausstellung „Europas Mitte um das Jahr 1000“

Die Ausstellung „Europas Mitte“, ein deutsch-polnisch-slowakisch-tschechisch-ungarisches Projekt, wurde nach den früheren Stationen Budapest, Berlin, Mannheim und Prag im Jahr 2002 als Ausstellung des Europarats mit maßgeblicher Förderung des Auswärtigen Amtes auf der Burg von Preßburg, Slowakische Republik, gezeigt; eine weitere Station in Posen ist in Planung. „Europas Mitte“ zeigt eindrücklich die gemeinsamen historischen Wurzeln Europas und ist ein Beispiel für die kulturelle Zusammenarbeit Deutschlands mit den Beitrittsländern zur EU.

Da Kulturaustausch keine „Einbahnstraße“ sein soll, wurden 2002 1,1 Mio. Euro für die Beteiligung ausländischer Künstler an Veranstaltungen in Deutschland aufgewendet, die aus wirtschaftlich schwachen Ländern kommen und sonst am Kulturaustausch nicht teilnehmen könnten. Ein typisches Beispiel hierfür war 2002 das Afrika-Festival in Würzburg.

6. Medien

a. Buch und Literatur

Auch im Zeitalter der elektronischen Medien sind Buch und Literatur wichtige Mittel nachhaltiger Verständigung. Vor allem in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten der GUS besteht immer noch erheblicher Nachholbedarf. Insgesamt waren für die Programmarbeit im Auswärtigen Amt im Bereich Buch und Literatur 2002 rund 5,5 Mio. Euro bestimmt.

Dabei ist die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit der Ausstellungs- und Messe-GmbH des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels ein besonders erfolgreiches Beispiel für eine „public-private-partnership“. Hinzu kommen Buchspendenprogramme, Buchinformationszentren und Übersetzungsförderung. Die Übersetzung deutschsprachiger Werke in Fremdsprachen wurde 2002 mit insgesamt 2,2 Mio. Euro gefördert.

Geförderte Buchmessenbeteiligungen 2002:

Atlanta, Beirut, Belgrad, Budapest, Buenos Aires, Göteborg, Guadalajara, Havanna, Istanbul, Kairo, Madrid, Moskau, New Delhi, Paris, Prag, Preßburg, Riga, Sao Paulo, Taipei und Wilna.

Ein eigener Bereich des GI widmet sich der Bibliotheksarbeit – zum einen an den Goethe-Instituten selbst, aber auch in einer Vielzahl von „Lesesälen“ weltweit. Trotz schwindender Finanzmittel gelang es dem GI, durch Errichtung von mittlerweile 55 Lesesälen in den MOE-Staaten und den Staaten der GUS wichtige Impulse zu setzen. Daneben verstärkt das GI im Informations- und Bibliotheksbereich Projekte, die den Know-how-Transfer fördern.

b. Film

Der Film ist als Medium besonders geeignet, das Leben in Deutschland einem breiten Publikum im Ausland vor Augen zu führen und dem interkulturellen Dialog dadurch Impulse zu verleihen. 5 Mio. Euro standen 2002 für internationale Filmarbeit zur Verfügung.

Für den Vertrieb des deutschen Films und deutscher Fernsehprogramme fällt der AKBP insbesondere in jenen Regionen der Welt eine wichtige Aufgabe zu, deren wirtschaftliche Entwicklung wenig kommerzielle Ansätze erlaubt. Im Wesentlichen ist hier das GI als zuständige Mittlerorganisation tätig. Durchschnittlich laufen – von Goethe-Instituten und Auslandsvertretungen vermittelt – an jedem Tag 68,4 deutsche Filme im Ausland. Sie erreichen ein jährliches Publikum von ca. 1,5 Millionen Zuschauern.

Neben der „klassischen“ Filmarbeit (Filmvorführungen und -verleih, Teilnahme an Filmfestivals) sollen deutschen Spiel- und Dokumentarfilmen durch verstärkte Ausstrahlung über ausländische Fernsehsender neue Zuschauerkreise erschlossen werden.

c. Zeitschriften und Broschüren

Auch im Zeitalter des Internets spielt die gedruckte Zeitschrift eine bedeutende Rolle für den Kulturaustausch. Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (2 Mio. Euro) werden vom GI sowie vom ifa eine Reihe von Kulturzeitschriften herausgegeben.

Vom Auswärtigen Amt geförderte Kulturzeitschriften:

- Kulturchronik: Synopse aktueller deutscher Kulturberichterstattung, erscheint zweimal jährlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch, Herausgeber: GI;
- Humboldt: Regionalzeitschrift für Lateinamerika, Spanien und Portugal, erscheint dreimal jährlich in Spanisch und zweimal jährlich in Portugiesisch, Herausgeber: GI;
- Fikrun Wa Fan: Regionalzeitschrift für den arabischen Raum, erscheint zweimal jährlich in Arabisch, Farsi und Englisch;
- Kafka: Regionalzeitschrift für Mittel- und Osteuropa, erscheint viermal jährlich in Deutsch, Polnisch, Tschechisch/Slowakisch und Ungarisch, Herausgeber: GI;
- Bildung und Wissenschaft: Spezialzeitschrift für Bildungs- und Wissenschaftsthemen, erscheint vierteljährlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch, Herausgeber: GI;
- Zeitschrift für Kulturaustausch: Fachzeitschrift für den internationalen Kulturaustausch der Bundesrepublik Deutschland, erscheint viermal jährlich in Deutsch, Herausgeber: ifa;
- Dialog: Deutsch-polnisches Magazin, erscheint zweimal jährlich in Deutsch und Polnisch, Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin.

Darüber hinaus wird eine große Anzahl von Broschüren, Faltblättern und Plakaten zum kulturellen Leben Deutschlands herausgegeben. Besonders nachgefragt wurden die neuerdings auch auf CD-ROM verfügbare Broschüre „International Degree Programmes“ des DAAD, die zweisprachige Broschüre „Ziel Deutschland/Destination Germany“, die umfassend über Leben und Studieren in Deutschland informiert, sowie die im Rahmen der Konzertierten Aktion herausgegebene Forschungsbroschüre „Discover Germany: Research and Academic Opportunities“.

d. Deutsche Welle

Der deutsche Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ (DW), für den die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) federführend ist, hat als autonome Rundfunkanstalt des Bundesrechts die Aufgabe, ein umfassendes Bild von Deutschland im Ausland darzustellen und über Regionen besonderen Interesses (Krisenregionen) zu berichten. Die DW macht Angebote in den Bereichen Hörfunk, Fernsehen und Telemedien. Die Akzeptanz der DW hat nach den Ereignissen des 11. September 2001 deutlich zugemommen. Neben dem klassischen Verbreitungsweg über Kurzwelle spielen Kabel und Satellit für die DW eine zunehmende Rolle. Etwa 600 terrestrische Sender übernehmen darüber hinaus Sendungen von DW-TV.

Unter www.dw-world.de sind die Internetangebote der DW in 30 Fremdsprachen abrufbar. Ergänzend stellt die DW unter dem Titel „TransTel“ Fernsehtransskriptionssendungen für ausländische Sender, insbesondere in der Dritten Welt, bereit, die mit über 1,8 Mio. Euro im Wesentlichen als Projektfördermaßnahmen des Auswärtigen Amtes finanziert werden.

Seit Jahren leistet die DW mit ihren Programmen für Südosteuropa einen wichtigen Beitrag zur Wiederversöhnung. Mit Nachrichtenprogrammen in Dari und Paschtu bewies die DW im Afghanistan-Konflikt ihre Fähigkeit, schnell und flexibel zu einem Krisenprogramm beizutragen (Sonderbewilligung des Bundestages: 1,2 Mio. Euro).

Die Deutsche Welle auf einen Blick:

– DW-Radio sendet in 37 Sprachen.
– DW-TV sendet in Deutsch, Englisch, Spanisch und produziert Programmfenster in Dari, Paschtu und Arabisch.
– DW erreicht – zusätzlich zur Kurzwelle – über 140 Millionen Haushalte über Kabel, Satellit und terrestrische Sender.
– Das Internetangebot der DW ist in 31 Sprachen abrufbar.

Im März 2002 nahm der gemeinsame deutschsprachige Auslandskanal „GERMAN-TV“ von DW, ARD und ZDF seine Sendungen auf. Er ist zunächst (wegen der dort üblichen Verbreitungswege als Pay-TV) nur in den USA zu empfangen.

Das Deutsche Welle Fortbildungszentrum (DWFZ) (Hörfunk in Köln, Fernsehen in Berlin) ist administrativ der DW angegliedert, erhält jedoch seinen Auftrag und den überwiegenden Teil seiner Gelder durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es veranstaltet Fortbildungs- und Beratungsprojekte für Rundfunkanstalten in Entwicklungsländern und auch in Ländern Mittel- und Osteuropas. Jährlich werden ca. 900 Stipendiaten in ca. 70 Kursen im In- und Ausland fortgebildet.

e. Elektronische Medien

Dem Anliegen der Bundesregierung, die deutsche Sprache im Ausland zu fördern, dienen neben deutschsprachigen Fernseh-, Radio- und Internetangeboten der DW auch entsprechende Sprachkurse. Das in „public-private-partnership“ produzierte Multimedia-Paket Deutsch (siehe Homepage: http://www.redaktion-d.de/deutsch/seiten/02_home_de.html) wird seit Mitte 2002 über Fernsehen/Video, tutorengestützt über Internet, und voraussichtlich ab Herbst 2003 auch über Hörfunk angeboten. Darüber hinaus bietet das GI auf seiner Homepage unter der Rubrik „Deutsch lernen und lehren“ (www.goethe.de/dll/mat/) zahlreiche Online-Angebote mit monatlich etwa 500 000 Zugriffen. Im Zuge der technischen Entwicklung und der zunehmenden Deregulierung der internationalen Medienmärkte hat die deutsche Medienpräsenz zugenommen. Kulturpolitische Informationen über Deutschland werden verstärkt im Internet angeboten. Das Informationsangebot des Auswärtigen Amtes ist unter http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/kulturpolitik verfügbar. In fünf Sprachen bietet seit Ende 2002 das von der Bundesregierung initiierte Portal www.deutschland.de eine Sammlung wichtiger Verweise auf deutsche Informationsangebote.

7. Jugend, Sport, Kirchen

a. Jugend

Deutschland unterhält auf Regierungsebene jugendpolitische Beziehungen zu rund 25 Staaten. Unter Einschluss der Jugendwerke mit Frankreich und Polen standen 2002 hierfür 31,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW; www.dfjw.org) feiert 2003 sein 40-jähriges Bestehen. Seit seiner Gründung 1963 hat das DFJW über 7 Millionen junge Deutsche und Franzosen zusammengeführt und entscheidend zum Miteinander der beiden Gesellschaften beigetragen. Die Ausrichtung seiner Arbeit nimmt inzwischen eine stärkere europäische Komponente an. Im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa führt das DFJW aus Mitteln des Auswärtigen Amtes zusätzlich trilaterale Programme mit jungen Menschen aus Südosteuropa, Deutschland und Frankreich durch. Die Verlagerung des deutschen Sitzes von Bad Honnef nach Berlin wurde 2002 abgeschlossen.

Das 1991 gegründete Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW; www.dpjw.org) hat inzwischen über 1 Millionen junge Menschen in beiden Ländern erreicht. Besondere Aufmerksamkeit widmet das DPJW dem grenznahen Austausch sowie der Vorbereitung von Jugendlichen auf den EU-Beitritt Polens. Im Jahre 2002 haben beide Regierungen ihre Beiträge zum DPJW-Fonds um jeweils 500 000 Euro erhöht.

Das Koordinierungszentrum für den deutsch-israelischen Jugendaustausch ConAct (www.conact-org.de), das 2001 seine Arbeit in der Lutherstadt Wittenberg aufnahm, sucht aufgrund der schwierigen Bedingungen in Israel nach Möglichkeiten zur Bewahrung und Stabilisierung des Austauschs.

Ein regionaler Schwerpunkt der jugendpolitischen Zusammenarbeit bleibt weiterhin Mittel- und Osteuropa. Die Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch TANDEM (www.tandem-org.de) in Regensburg und Pilsen legen besonderes Augenmerk auf die stärkere Einbeziehung von berufstätigen Jugendlichen. Das Ostsee-Sekretariat für Jugendfragen in Kiel (www.balticseadesk.org) ist eine wichtige Anlaufstelle für Informationsaustausch, Koordinierung und Vernetzung bei jugendpolitischen Fragen und für Jugendaustausch in der Region. Es hat u. a. umfassend an der Vorbereitung und Durchführung der 2. Ostsee-Jugendministerkonferenz vom 6. bis 9. Juni 2002 in Wilna mitgewirkt. Inzwischen beteiligen sich alle Ostseeanrainerstaaten an der Finanzierung des Sekretariats. Die Nachfrage nach Austauschprogrammen mit Russland hat wieder zugenommen und übersteigt bei weitem die Fördermöglichkeiten, sodass vorrangig die fachliche Zusammenarbeit aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wird.

Das im Jahr 2000 verabschiedete EU-Aktionsprogramm JUGEND mit einer Laufzeit von 7 Jahren wurde für 2000 bis 2006 mit 520 Mio. Euro ausgestattet. Mit dem EU-Jugendprogramm wurden 2002 über 110 000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren gefördert, die an europäischen Jugendprojekten oder einem europäischen Freiwilligendienst teilnahmen. Für Deutschland verwaltet die Agentur „Jugend für Europa“ (www.webforum-jugend.de) mit Sitz in Bonn die von der EU-Kommission hierfür bereitgestellten Programmmittel. Im Jahr 2002 hat sie über 15 000 Jugendliche gefördert.

Zur weiteren Annäherung der Jugendlichen und zur Unterstützung einer engen Kooperation von Einrichtungen und Jugendverbänden hat die EU-Kommission für internationale Jugendprojekte im grenznahen Raum für die Jahre 2002 bis 2006 weitere 12 Mio. Euro bereitgestellt.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa hat mit dem von der EU-Kommission im November 2001 vorgestellten Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ einen Rahmen erhalten. Auf dieser Grundlage haben die EU-Jugendminister im Frühjahr 2002 einen gemeinsamen, bis 2004 reichenden Arbeitsplan aufgestellt. Mit der Fragebogenaktion der EU-Kommission in der zweiten Jahreshälfte 2002 hat die erste Phase der europäischen Koordinierung in den Bereichen Jugendpartizipation und -information begonnen.

b. Sport

Die Bundesregierung unterstützt die Sportzusammenarbeit mit der Dritten Welt, den MOE/GUS-Staaten, der VR China und der Mongolei; über den Stabilitätspakt ferner Projekte in Afghanistan. Gefördert wird schwerpunktmäßig die Traineraus- und -fortbildung (insbesondere Fußball und Leichtathletik, Behindertensport). Das Nationale Olympische Komitee (NOK), die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die Spitzenverbände des Deutschen Sports, insbesondere der Deutsche Fußballbund (DFB) und der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) sowie die Universitäten Leipzig und Mainz führen mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (2002: ca. 2,8 Mio. Euro) Programme zur Trainerausbildung und zu Sportgerätespenden durch:

Das Auswärtige Amt unterstützt ferner Bewerbungen des deutschen Sports für internationale Großveranstaltungen (z. B. der Städte Leipzig und Rostock für die Olympischen Sommerspiele 2012) und beteiligt sich an der Vorbereitung der Fußball-WM 2006.

c. Kirchen

Aus dem Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes wird die kulturelle Auslandsarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche gefördert. Die Fördermittel kommen Austausch- und Begegnungsprojekten mit den Gastländern zugute und dienen der kulturellen Zusammenarbeit mit Deutschen und Deutschstämmigen im Gastland. Die Bundesregierung hat die kulturelle Auslandsarbeit der Kirchen im Jahr 2002 insgesamt mit etwa 2,5 Mio. Euro unterstützt.

8. Kulturgüterrückführung

a. Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter

Die Rückführungsverhandlungen, die die Bundesregierung mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine und anderen Staaten führt, haben bislang mit einigen Ländern zu greifbaren Ergebnissen geführt. Hervorzuheben ist besonders die Ukraine (Rückgabe des „Bach-Archivs“ an die Singakademie zu Berlin im Jahr 2001). Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, mit den Partnerländern einvernehmliche Lösungen zu finden. Dabei sieht sie einerseits die historische Belastung dieser sensiblen Frage, andererseits steht sie zu ihrer Verpflichtung, auf allen Feldern – auch auf dem Gebiet des internationalen Kulturgüterschutzes – für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts einzutreten.

Die Problematik der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter ist ein politisch bedeutsamer Teil der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Staaten. Die Bundesregierung handelt bei ihrem Bemühen um die Rückführung von Kulturgütern in enger Abstimmung mit den Bundesländern sowie Museen, Bibliotheken und privaten Sammlungen als den Eigentümern der betreffenden Kulturgüter. Sie begrüßt und unterstützt, dass das Rückführungsthema gegenüber den genannten Staaten auch in Kontakten auf parlamentarischer Ebene von deutscher Seite zur Sprache gebracht wird. Im Einzelnen stellt sich die Lage wie folgt dar:

Georgien

Im Mai 2003 wurden 903 Bände der ehemaligen Deutschen Ärztebibliothek sowie weitere 47 Bände aus Bremen und Magdeburg zurückgegeben.

Russische Föderation

Die Gespräche mit Russland werden überschattet durch das von der Duma initiierte völkerrechtswidrige Kulturgütergesetz, das aus Deutschland nach Russland verbrachte Kulturgüter zu russischem Eigentum erklärt. Zuletzt wurden (im Juni 2002) 111 historische Fensterfelder der Marienkirche zu Frankfurt/Oder zurückgegeben.

Ukraine

Die Ukraine gehört mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, mit denen wir in der Rückführungsfrage eine völkerrechtsge-

mäße Einigung erreicht haben. Für 2003 ist die 5. Sitzung der bilateralen Rückführungskommission geplant.

Weitere Länder

Auch heute noch tauchen etwa in den USA, aber auch in Großbritannien, im Kunsthandel oder im Privatbesitz immer wieder im Zweiten Weltkrieg in Deutschland abhanden gekommene Kulturgüter auf. Grundsätzlich ist es Sache der rechtmäßigen deutschen Eigentümer, ihre Ansprüche vor den zuständigen Gerichten geltend zu machen. Alle zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere das Auswärtige Amt mit den Auslandsvertretungen und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, unterstützen die Eigentümer dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

b. Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter

Im Sinne der Washingtoner Konferenz von 1998 zu Vermögen aus der Zeit des Holocausts und ergänzend zur 1999 verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz" sowie einer 2001 verabschiedeten „Handreichung" verständigten sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände Ende 2002 auf die Einsetzung einer „Beratenden Kommission". Sie soll in schwierigen Rückgabefällen auf gemeinsamen Wunsch der Beteiligten als Vermittler wirken und Empfehlungen aussprechen.

Auch 2002 gab die öffentliche Hand wieder Kunstwerke und Bücher, die in ihren Sammlungen als NS-verfolgungsbedingt entzogen identifiziert werden konnten, an die legitimierten Erben ihrer ehemaligen Eigentümer zurück. Weitere Rückgaben werden für 2003 vorbereitet.

9. Multilaterale Kulturzusammenarbeit

a. Europäische Union

EU-Kulturpolitik

> **„Kultur 2000" im Überblick**
>
> Gesamthaushalt 2000 bis 2004: 167 Mio. Euro. Dazu kommen seit 2001 die Beiträge der assoziierten Beitrittskandidaten i. H. von insgesamt jährlich 4,5 Mio. Euro. Schwerpunkt: Entwicklung und Stärkung einer europäischen Identität („europäischer Mehrwert"). Der Gesamthaushalt 2003 beträgt ca. 37,7 Mio. Euro. Ab 2003 nehmen insgesamt 30 Staaten (15 EU-Mitgliedstaaten, 12 MOE-Staaten, 3 Staaten des EWR) an „Kultur 2000" teil, das damit die EU-Erweiterung faktisch vorwegnimmt. 2002 wurden 224 Projekte zur Förderung ausgewählt, darunter 81 mit deutscher Beteiligung, 2003 waren es 213 Projekte, davon 60 mit deutscher Beteiligung.

Ziel der EU-Kulturpolitik ist es, durch Erschließung des gemeinsamen Kulturerbes zur Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls und Selbstbewusstseins beizutragen, wobei den kulturellen Initiativen der Mitgliedsländer jeweils der Vorrang gelassen wird (Prinzip der Subsidiarität). Der Schwerpunkt liegt auf Initiativen mit einem zusätzlichen europäischen Nutzen.

Zur Synchronisation des spartenübergreifenden EU-Kulturförderungsprogramms „Kultur 2000" mit der langfristigen EU-Finanzplanung („Agenda 2000") und um den neuen Mitgliedstaaten eine Beteiligung an der neuen Zielplanung zu ermöglichen, verständigten sich die EU-Mitgliedstaaten prinzipiell darauf, das auf die Jahre 2000 bis 2004 ausgelegte EU-Rahmenförderprogramm „Kultur 2000" um weitere zwei Jahre zu verlängern. EU-Kommissarin Reding hat 2002 ein neues EU-Kultur-Internetportal mit Links zu nationalen Portalen eröffnet (http://europa.eu.int/comm/culture/).

EU-Bildungspolitik

Die europäische Bildungszusammenarbeit hat durch die Europäischen Räte von Lissabon, Stockholm und Barcelona, durch den gemeinsamen Bericht der EU-Bildungsminister zu den zukünftigen Zielen der europäischen Bildungssysteme sowie das Arbeitsprogramm zu dessen Umsetzung bis 2010, weiter an Dynamik gewonnen. Der EU-Bildungsministerrat hat im Februar 2002 ein gemeinsames Arbeitsprogramm bis 2010 zu insgesamt 13 bildungspolitischen Zielsetzungen beschlossen und damit eine systematische, nachhaltige Bildungszusammenarbeit in der Europäischen Union vereinbart. Zur Intensivierung der europäischen Kooperation in der beruflichen Bildung haben die EU-Bildungsminister bei der Ratstagung im November 2002 politische Eckpunkte vereinbart.

Die beiden europäischen Bildungsprogramme SOKRATES (Austausch und Kooperation in den Bereichen Schule und Hochschule, lebenslanges Lernen, neue Technologien) und LEONARDO DA VINCI (Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung) sind nach wie vor die wesentlichen Instrumente zur Vertiefung der europäischen Bildungskooperation mit dem Ziel eines europäischen Bildungsraumes.

SOKRATES ist das europäische Aktionsprogramm im Bereich der allgemeinen Bildung. Ziel des Programmes ist die Förderung der europäischen Dimension und die Verbesserung der Qualität der allgemeinen Bildung durch den Ausbau der Zusammenarbeit der teilnehmenden Länder. Das Programm ist in acht Aktionen gegliedert: COMENIUS (Schulbildung)/ERASMUS (Hochschulbildung)/GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung und andere Bildungswege)/ LINGUA (Sprachenunterricht und Spracherwerb)/ MINERVA (Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bildung)/Beobachtung und Innovation/ Gemeinsame Aktionen/Flankierende Maßnahmen. LEONARDO DA VINCI ist das Aktionsprogramm zur Durchführung einer Berufsbildungspolitik in der EU. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollen in diesem Programm die Qualität, Innovation und europäische Dimension in Berufsbildungssystemen und Praktiken weiterentwickelt werden.

Für das Studienjahr 2002/2003 wird bei SOKRATES/ ERASMUS erwartet, dass sich der positive Trend der Vorjahre fortsetzt. Rund 250 deutsche Hochschulen (etwa die Hälfte davon Fachhochschulen) nahmen im Hochschuljahr 2002/2003 am Programm teil. Sie ermöglichten rund 17 000 Studierenden bzw. 2 100 Lehrkräften aus Deutschland einen Studien- bzw. Lehraufenthalt an einer anderen europäischen

Hochschule. Umgekehrt kamen nahezu 16 000 Studierende nach Deutschland. Für die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas ist Deutschland das wichtigste Partnerland.

Im Programm LEONARDO DA VINCI belief sich der Haushalt im Jahr 2002 auf insgesamt 159 Mio. Euro. Projekte unter deutscher Federführung partizipierten auch im Jahr 2001 erheblich an diesen Fördermitteln: 13,1 Mio. Euro standen für Mobilitätsprojekte von Auszubildenden, jungen Arbeitnehmern, Hochschulabsolventen und Studierenden sowie von Ausbildungspersonal/Bildungsverantwortlichen zur Verfügung. Aus diesen Mitteln werden ca. 1 200 junge Arbeitnehmer und Hochschulabsolventen, 750 Personen des Ausbildungspersonals, 1 900 Studierende sowie 4 200 Auszubildende gefördert.

b. Europarat

Der Europarat fördert das Bewusstsein für eine gemeinsame kulturelle Identität der Europäer, vor allem in den Bereichen Sprache, Geschichte, politische Bildung, Denkmalpflege, allgemeine Kulturförderung sowie Anwendung und Nutzung der neuen Informationstechnologien. Die Kulturkonvention des Europarats setzt hierbei die Leitlinien für die kulturelle Zusammenarbeit. Die Themen kulturelle Vielfalt, Demokratieerziehung, Aufbau staatlicher Kulturpolitiken in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie kulturelles und Naturerbe sind Schwerpunkte der Arbeit des Europarats, die in den unterschiedlichsten, zunehmend auch fach- und regionalübergreifenden Projekten zum Ausdruck kommen.

Der Lenkungsausschuss Kultur des Europarats hat im Jahr 2002 vier Bereiche in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt:

- Interkultureller Dialog und Konfliktprävention;
- kulturelle Vielfalt;
- Kulturpolitik;
- Etablierung demokratischer Strukturen in Mittel- und Osteuropa (managing change).

Für den Zeitraum 2002 bis 2004 wurde ein Aktionsplan „Interkultureller Dialog und Konfliktprävention“ initiiert. Er ist Teil des integrierten Projekts „Antworten auf die Gewalt im Alltagsleben einer demokratischen Gesellschaft“.

c. OECD

Um der Bedeutung der Bildung im Arbeitsprogramm der OECD besser gerecht werden zu können, wurde im September 2002 eine eigene Bildungsabteilung in der OECD geschaffen.

Die Ausrichtung der Bildungsarbeit Deutschlands in der OECD wird u. a. von den Zielen bestimmt, auf die sich die EU-Bildungsminister im Februar 2002 für die allgemeine und berufliche Bildung geeinigt haben.

> Die bildungspolitische Diskussion in Deutschland war im Jahre 2002 stark von den Ergebnissen der PISA-Studie (Programme für International Student Assessment – 2000) geprägt. Diese wurden im Rahmen einer großen internationalen PISA-Konferenz (Symposium on assessing policy lessons from PISA), die von Deutschland in Berlin im November 2002 organisiert wurde, vertieft erörtert.

Die auch im Jahre 2002 erschienene deutschsprachige Ausgabe von „Bildung auf einen Blick“ bildet einen wichtigen Beitrag, um die bildungspolitische Diskussion in Deutschland durch Daten und Fakten aus internationalen Vergleichen zu stützen. Darüber hinaus setzt sich die „Bildungspolitische Analyse“ (2002) mit zentralen Themen der Bildungspolitik auseinander, so u. a. mit den auch in Deutschland diskutierten Ergebnissen der PISA-Studie (2000).

d. UNESCO

Ziel der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) ist es, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten ihrer Zuständigkeit zur Erhaltung des Friedens und zur Vertrauensbildung beizutragen. Deutschland ist seit 1951 Mitglied.

Deutschland war im Jahr 2002 mit einem Anteil von 34,4 Mio. Euro (13 %) nach Japan und vor Frankreich zweitgrößter Beitragszahler der UNESCO.

Deutschland hat den Antrag zur „Erarbeitung eines internationalen Übereinkommens zur kulturellen Vielfalt“ in der UNESCO als Miteinbringer unterstützt, nachdem in der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages der Wunsch der beiden Regierungen zur Aufnahme von Verhandlungen zur Erarbeitung eines UNESCO-Übereinkommens bekräftigt worden war. Die Bestrebungen zur Entwicklung eines verbindlichen internationalen Rechtsinstruments zum Schutz der kulturellen Vielfalt stehen in direktem Zusammenhang mit dem 1994 vereinbarten Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der WTO, auf dessen Grundlage Verhandlungen für weitergehende Liberalisierungen auch bei kulturellen, audiovisuellen und Bildungsdienstleistungen geführt werden.

Große Aufmerksamkeit durch die Medien genießt das UNESCO-Programm zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes der Welt. 2002 wurden das Mittelrheintal und die Hansestädte Wismar und Stralsund in die Welterbeliste aufgenommen. Deutschland ist mit 27 von 754 Welterbestätten auf der Liste vertreten.

Zum Schutz des immateriellen Kulturerbes – Sprachen, lebendige Kulturräume und überlieferte Kenntnisse – hat die UNESCO 2002 mit der Ausarbeitung eines Internationalen Abkommens begonnen, das analog zur erfolgreichen Welterbekonvention wirken und stärker auf die Besonderheiten des Kulturerbes vieler Entwicklungsländer zugeschnitten sein soll.

Das internationale UNESCO-Zentrum für Technische und Berufliche Aus- und Fortbildung (UNEVOC) arbeitet seit 2000 mit Unterstützung der Bundesregierung, der Bundesstadt Bonn und anderer öffentlicher und privater Stellen in Bonn. Seit 1951 ist das UNESCO-Institut für Pädagogik (UIP) in Hamburg ansässig. Der deutsche Beitrag zur institutionellen Förderung des UIP wird aus Gründen der Gleichbehandlung mit vergleichbaren UNESCO-Bildungsinstituten schrittweise bis zum Jahre 2005 eingestellt.

III. Entwicklungen bei den deutschen auswärtigen Kultureinrichtungen

1. Goethe-Institut (GI)

Das GI ist die größte der nichtstaatlichen Mittlerorganisationen, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland mit der selbständigen Wahrnehmung kulturpolitischer Aufgaben im Ausland betraut sind und hierfür staatliche Gelder erhalten.

Zentrale Aufgaben des Goethe-Instituts sind:

– Die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit vor allem durch die Durchführung von Kulturprogrammen; dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern;

– Die Förderung der Kenntnis deutscher Sprache durch eigene Sprachkurse und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen, die sich ihrerseits der Verbreitung der deutschen Sprache widmen;

– Die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben.

Das GI hat 127 Einrichtungen, davon 122 Kulturinstitute und fünf Außenstellen in 76 Ländern. Im Jahr 2002 ist es erstmals seit mehreren Jahren nicht zu Schließungen von GI-Zweigstellen im Ausland gekommen. Im September 2003 wurde ein neues Institut in Kabul eröffnet. Die Eröffnung bzw. Wiedereröffnung von GI-Kulturinstituten wird an folgenden Standorten vorbereitet bzw. geprüft: Algier, Havanna, Laibach, Shanghai und Teheran. Darüber hinaus fördert das GI zz. 49 Kulturgesellschaften, die vor allem an früheren Schließungsorten die Arbeiten im Programm- und/oder Sprachbereich fortführen und unsere kulturelle Präsenz sicherstellen.

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter des GI lag Ende 2002 bei ca. 3 000. Zur engeren Verzahnung der Zusammenarbeit wird zwischen GI und dem Auswärtigen Amt (einschließlich seiner Auslandsvertretungen) seit 2001 ein Personalaustausch praktiziert.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausland erhält das GI eine jährliche Zuwendung des Auswärtigen Amtes:

Jahr	Betriebsmittelzuschuss des AA	Projektmittelzuschuss des AA	Investitionen AA	Gesamtförderung des AA
2001 (Ist)	123 369 T €	47 100 T €	2 219 T €	172 688 T €
2002 (Ist)	118 462 T €	45 599 T €	2 700 T €	166 761 T €
2002 ATP*	227 T €	3 156 T €	48 T €	3 431 T €
2002 (Gesamt Ist)	118 689 T €	48 755 T €	2 748 T €	170 192 T €
2003 (Soll)	116 531 T €	44 692 T €	2 635 T €	163 858 T €
2003 ATP*	333 T €	740 T €	0 €	1 073 T €
2003 (Gesamt Soll)	116 864 T €	45 432 T €	2 635 T €	164 931 T €

* ATP: zeitlich begrenzte Sondermittel aus Anti-Terrorprogrammen

Zum 1. Januar 2003 wurde die Verbindungsstelle für Internationale Beziehungen beim Deutschen Musikrat in das GI eingegliedert. Die Zusammenführung der musikalischen Projekte im Rahmen der kulturellen Programmarbeit unter dem Dach des GI hat die Voraussetzungen geschaffen, in diesem Bereich noch besser auf die im Ausland vorhandene Nachfrage nach Musikverbindungen zu deutschen Partnern reagieren zu können.

2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Als größte deutsche Förderorganisation für die internationale Hochschulzusammenarbeit erfüllt der DAAD mit erheblichen öffentlichen Finanzmitteln zugleich Aufgaben der AKBP, der Entwicklungspolitik sowie der nationalen Hochschulpolitik. Darüber hinaus nimmt der DAAD eine Mittlerfunktion im Rahmen der europäischen Bildungspolitik wahr, insbesondere bei den Austausch- und Mobilitätsprogrammen der EU. Diese Mittlerfunktion spiegelt sich im Haushalt des DAAD und seinen Finanzierungswegen wider.

Vom Haushalt des DAAD trägt das Auswärtige Amt als institutioneller Förderer den weitaus größten Teil der Verwaltungskosten und den größten Teil der Programmkosten. Der DAAD erhielt vom Auswärtigen Amt 2002 Programmmittel insbesondere für den Studierenden- und Wissenschaftleraustausch in Höhe von 103,1 Mio. Euro (inkl. Mittel für die Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan und für den Europäisch-Islamischen Dialog); hinzu kamen zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Verwaltungskosten 19,6 Mio. Euro und für Baumaßnahmen 0,7 Mio. Euro. Die Projektförderung von seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belief sich auf 76,3 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit förderte in Höhe von 20,4 Mio. Euro Bildungsprojekte (Hochschulkooperationen) im entwicklungspolitischen Bereich.

Der DAAD förderte 2002 insgesamt 47 768 Studierende, Graduierte und Wissenschaftler. Von den 29 065 geförderten Ausländern waren 22 766 Studierende und Graduierte, 6 299 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Von den insgesamt 18 703 geförderten Deutschen waren 13 337 Studierende und Graduierte, 5 366 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Zusätzlich wurden im Rahmen des SOKRATES/ERASMUS- und des LEONARDO DA VINCI-Programms insgesamt 20 523 EU-Stipendiaten gefördert.

3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH widmet sich dem internationalen Austausch hoch qualifizierter Wissenschaftler und trägt damit wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Sie erhielt hierzu im Haushaltsjahr 2002 vom Auswärtigen Amt 23,3 Mio. Euro (2003: 22,5 Mio. Euro) an Projektmitteln sowie zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Investitionsausgaben 4,5 Mio. Euro. Die Projektförderung von seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrug 30,5 Mio. Euro (2003: 38,1 Mio. Euro), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wendete 3,0 Mio. Euro zu.

Die AvH förderte 2002 1 508 ausländische Wissenschaftler mit einem Forschungsstipendium in Deutschland, hiervon 380 im Rahmen des Nachkontaktprogramms (Wiederaufnahmen/Wiedereinladungen) und zusätzlich weitere 304 durch Kurz- und Konferenzaufenthalte. Zudem hielten sich 291 Forschungspreisträger in Deutschland auf und 20 Bundeskanzler-Stipendiaten begannen ihren Forschungsaufenthalt (erstmalig je 10 aus den USA und der Russischen Föderation). 2002 wurden insgesamt 105 deutsche Wissenschaftler im Ausland gefördert (mit Feodor Lynen-Forschungsstipendien oder Forschungsstipendien der Japan Society for the Promotion of Science).

4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Völkerverständigung, internationaler Kulturaustausch und interkultureller Dialog sowie Förderung des Verständnisses für Deutschland im Ausland sind primäre Aufgaben des ifa. Es setzt hierzu auf internationale Netzwerke und vielseitige Instrumente:

Instrumente des ifa

- weltweite Ausstellungstourneen zeitgenössischer Kunst, Förderung lebender deutscher Künstler (Malerei, Grafik, Skulptur, Installationen, Fotografie, Videokunst, Architektur, Design, Neue Medien); Präsentation ausländischer Kunst in den ifa-Galerien in Stuttgart, Berlin und Bonn;
- Förderung des internationalen und interkulturellen Dialogs auf der Grundlage der Auswärtigen Kulturpolitik-Konzeption 2000; internationale Symposien wie der deutsch-arabische Mediendialog oder das Stuttgarter Schlossgespräch;
- „Zeitschrift für KulturAustausch“ mit Beiträgen internationaler Autoren aus Politik, Wissenschaft und Kultur;
- Dokumentierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, des Kulturaustausches und der internationalen Kulturbeziehungen (durch eine Spezialbibliothek, eine Zeitschrift und Internetportale) und Förderung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion in Forschung und Lehre über diese Themen;
- Kurse für Deutsch als Fremdsprache in Stuttgart;
- Programme zur kulturellen Förderung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS);
- Förderung des Verständnisses für Deutschland im Ausland durch Maßnahmen im Rahmen der Politischen Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes;
- Förderung der Entwicklung freier und unabhängiger Medien, soweit dies zur inneren Stabilisierung und demokratischen Entwicklung anderer Staaten notwendig ist;
- Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte der Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung im Rahmen des vom Auswärtigen Amt veröffentlichten „Förderkonzepts“.

Der Gesamtetat betrug im Jahr 2002 rund 13,3 Mio. Euro. Das ifa finanziert sich institutionell zu 75 % aus Zuwendungen des Auswärtigen Amtes, zu 25 % des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart. Das Auswärtige Amt fördert auch zahlreiche Programme und Projekte des ifa. 2002 beschäftigt das ifa insgesamt 73 Mitarbeiter in Stuttgart, Berlin und Bonn.

5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA ist eine Abteilung des Bundesverwaltungsamtes (selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit Sitz in Köln). Sie untersteht der Dienstaufsicht des BMI und der Fachaufsicht des Auswärtigen Amtes, dem es administrativ und konzeptionell zuarbeitet. Ihre Aufgabe ist die pädagogische, personelle und finanzielle Betreuung der schulischen Arbeit im Ausland. Sie fördert derzeit 117 deutsche Auslandsschulen und 370 ausländische schulische Einrichtungen mit rund 1 900 vermittelten Lehrkräften und Fachberatern. Der Schulfonds lag 2002 bei 174,8 Mio. Euro (2003: 180 Mio. Euro).

6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Der PAD ist eine Abteilung im Sekretariat der Kultusministerkonferenz der Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes, das Projektmittel in Höhe von 4,24 Mio. Euro und Personal- und Sachkosten für 10 Mitarbeiter bereitstellt (2002: 601.00 Mio. Euro), führt der PAD Austauschmaßnahmen im Schulbereich durch. Darüber hinaus ist er seit 1995 durch Beschluss der Kultusminister der Länder für Austauschprogramme im Auftrag der Länder tätig und Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm im Schulbereich.

7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)

Die DUK mit Sitz in Bonn ist die deutsche Nationalkommission nach Artikel VII der UNESCO-Verfassung und somit Verbindungsglied zwischen Mitgliedstaat und UNESCO. Gemeinsam mit ihren Partnern in Österreich und der Schweiz ist die DUK auch für deutschsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu allen Bereichen der UNESCO zuständig (www.unesco.de). Die DUK wurde 2002 vom Auswärtigen Amt mit insgesamt 1,24 Mio. Euro gefördert. Dies entsprach 89 % ihres Gesamthaushaltes. Darüber hinaus erhielt sie Projektmittel vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Beauftragten für Kultur und Medien sowie dem Bundesverwaltungsamt in Höhe von insgesamt 48 000 Euro. Sie empfing UNESCO-Projektmittel in Höhe von 74 000 Euro und warb weitere Gelder von Sponsoren und Spendern von insgesamt 1,7 Mio. Euro für die weltweiten Programme der UNESCO ein.

8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das dem Auswärtigen Amt zugeordnete DAI mit Sitz in Berlin führt archäologische Ausgrabungen und Forschungen durch und pflegt Kontakte zur internationalen Wissenschaft. Es unterhält im Ausland Abteilungen in Rom, Athen, Kairo, Istanbul und Madrid sowie Außenstellen in Teheran, Bagdad (derzeit nicht besetzt), Sanaa und Damaskus. Das DAI verfügte 2002 über einen Haushalt von 21 Mio. Euro;

es beschäftigte 237 Mitarbeiter dauerhaft sowie 39 mit Zeitverträgen und weitere 491 saisonale Grabungskräfte im Ausland.

In Afghanistan beteiligte sich das DAI 2002 an der Wiederherstellung des Babh-e-Babur-Parks in Kabul. In der sibirischen Steppe (Arzan) setzte das DAI seine aufsehenerregenden Ausgrabungen fort, bei denen in einem Kooperationsprojekt mit russischen Partnern weitere Erkennntisse über das Leben der skythischen Reitervölker gewonnen wurden. In Griechenland sorgte die Freilegung neuer Funde für internationale Aufmerksamkeit. Aber auch in Südamerika, Asien, insbesondere z. B. im Jemen, wurde die archäologische Tätigkeit des DAI fortgesetzt. Mit der iranischen Antikenverwaltung konnte ein 10-jähriger Kooperationsvertrag geschlossen werden. 2003 gehörte das Institut zum internationalen Expertenteam, das im Auftrag der UNESCO den Irak zu einer ersten Bestandsaufnahme der Schäden am Kulturerbe des Landes bereiste.

9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland

Im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden sieben geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute in ausgewählten Partnerstaaten unterhalten und institutionell gefördert. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf der historischen Forschung, die derzeit in den fünf Deutschen Historischen Instituten in Rom, Paris, London, Washington und Warschau betrieben wird. Daneben sind das Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Beirut und Istanbul auf dem Gebiet der Orientalistik und das Deutsche Institut für Japanstudien in Tokio im Bereich der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung tätig.

Auf Initiative der Bundesregierung hat der Deutsche Bundestag am 26. April 2002 das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland verabschiedet. Das Gesetz ist zum 1. Juli 2002 in Kraft getreten.

Im Jahr 2002 wurde seitens der Zeit-Stiftung und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung und im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung mit den Vorbereitungen für die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau begonnen. Darüber hinaus ist die Integration des Deutschen Forums für Kunstgeschichte in Paris geplant. Daneben existieren als Institute der Max Planck-Gesellschaft mit Schwerpunkt auf kunstgeschichtlicher Forschung die Bibliotheca Hertziana in Rom und das Kunsthistorische Institut in Florenz.

10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Im März 2002 hat sich die KSB konstituiert. Sie fördert Kunst und Kultur in der Zuständigkeit des Bundes. Ein Schwerpunkt ist dabei die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext, d. h. internationaler Kulturaustausch und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Stiftung wird aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und der Medien finanziert.

11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Seit der Gründung 1988 hat sich das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin-Tiergarten zu einem profilierten Forum des interkulturellen Dialogs entwickelt. Das HKW verfolgt das Ziel, vornehmlich außereuropäische Kulturen in der bildenden Kunst, Tanz, Theater, Musik, Literatur, Film und Medien zu präsentieren und sie in einen öffentlichen Diskurs mit europäischen Kulturen zu stellen. Seit 2002 bildet das HKW einen Geschäftsbereich der „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ (KKB), zu der auch die Berliner Festspiele einschließlich des Martin-Gropius-Baus und die Internationalen Filmfestspiele gehören. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und der Medien (BKM), ist deren Alleingesellschafter. Mit einem Jahresetat von rund 8,4 Mio. Euro und einem festen Mitarbeiterstamm von 45 wurden 2002 insgesamt 545 Veranstaltungen durchgeführt. Die BKM leistete 2002 eine institutionelle Förderung in Höhe von 3,4 Mio. Euro und förderte dessen Programmarbeit mit 2,35 Mio. Euro. Das Auswärtige Amt unterstützte das HKW mit Programmmitteln in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333